

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.40 Goldmark, vierteljährlich 7.20 Goldmark, halbjährlich 13.80 Goldmark, jährlich 26.40 Goldmark.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ mit „Siedlung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Freizeit“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einzeilige Anzeigenzeile 0,70 Goldmark, 5-zeilige 3,50 Goldmark, 10-zeilige 7,00 Goldmark, 15-zeilige 10,50 Goldmark, 20-zeilige 14,00 Goldmark, 25-zeilige 17,50 Goldmark, 30-zeilige 21,00 Goldmark, 35-zeilige 24,50 Goldmark, 40-zeilige 28,00 Goldmark, 45-zeilige 31,50 Goldmark, 50-zeilige 35,00 Goldmark, 55-zeilige 38,50 Goldmark, 60-zeilige 42,00 Goldmark, 65-zeilige 45,50 Goldmark, 70-zeilige 49,00 Goldmark, 75-zeilige 52,50 Goldmark, 80-zeilige 56,00 Goldmark, 85-zeilige 59,50 Goldmark, 90-zeilige 63,00 Goldmark, 95-zeilige 66,50 Goldmark, 100-zeilige 70,00 Goldmark.

Kunsten für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geschlossen von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295, Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonntagabend, den 4. Oktober 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3, Postfachkonto: Berlin 37536 - Bankkonto: Direktion der Diabolo-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Deutschnationale Selbstenttarnung.

Reichstagsauflösung wahrscheinlich.

Ueber die Besprechung des Reichskanzlers mit den Deutschnationalen wird folgende Mitteilung herausgegeben:

Gestern nachmittag fanden Besprechungen zwischen den Beauftragten der deutschnationalen Reichstagsfraktion und dem Reichskanzler über die geplante Erweiterung der Reichsregierung statt. Die deutschnationalen Vertreter bezeichneten den Plan der Einbeziehung der Sozialdemokratie in die Reichsregierung als völlig neue Tatsache. Die bei einer Erweiterung der Regierung in Betracht kommenden Gesichtspunkte wurden eingehend besprochen. Die endgültige Stellungnahme zu den erörterten Fragen wird die deutschnationale Reichstagsfraktion ebenso wie die Fraktionen der anderen Parteien in der nächsten Woche treffen.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion war bei den Besprechungen vertreten durch die Abgeordneten Dr. Hergt, Graf Westarp, Schiele und Behrens. Von der Reichsregierung waren außer dem Reichskanzler der Vizekanzler Dr. Jares, der Außenminister Dr. Stresemann und der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Graf Ranitz anwesend.

Die Wirkung des sozialdemokratischen Verhaltens spiegelt sich deutlich in der Presse. Die Gegner des Bürgerblocks sind hochzufrieden, daß die Sozialdemokraten den Bürgerblockspolitikern nicht das bequeme Argument in die Hände gespielt haben, nun sei die Regierungserweiterung nach links erledigt, also bleibe nur noch die Erweiterung nach rechts übrig. Beispielsweise schreibt die „Vossische Zeitung“:

Die Antwort, die die sozialdemokratischen Führer heute dem Reichskanzler auf seine Fragen gegeben haben, zeigt für ihren guten politischen Instinkt. Die Sozialdemokratie hat die politische Notwendigkeit der Stunde erkannt und den schwereren taktischen Fehler vermieden, mit dem die Befürworter des Bürgerblocks sicherlich gerechnet haben. Sie haben nicht aus Prinzipienerei den Gedanken des Reichskanzlers abgelehnt, sondern das sachliche Moment in den Vordergrund gerückt: Eine grundsätzliche Ablehnung der Erweiterung der Reichsregierung kommt für die Sozialdemokratie nicht in Frage. Das ist kein Negativum, sondern ein Positivum. Die Sozialdemokratie verlangt, daß die künftige Regierung auf den Boden der Weimarer Verfassung trete und sich zum Schutz dieser republikanischen Reichsverfassung verpflichte. Sie wünscht die Sicherung der Fortführung des bisherigen Kurses in der Außenpolitik. Das sind Voraussetzungen, die so selbstverständlich sind, daß zumindest innerhalb der gegenwärtigen Koalitionsparteien sich jede weitere Diskussion erübrigt.

Auf der anderen Seite ist die deutschnationale Presse ganz aus dem Häuschen geraten. Besonders die landbändlerische „Deutsche Tageszeitung“ tobt wie besessen, sie wirft den Sozialdemokraten vor, sie seien mit ihrem Verhalten dem Rat des Pariser „Matin“ gefolgt, also Baktieren mit dem Erbfeind, Landesverrat usw. Ueber die blödsinnige Behauptung, daß die deutsche Sozialdemokratie ihr taktisches Verhalten nach den Rathschlägen der Pariser Presse und ausgerechnet des „Matin“ einrichte, erübrigt sich jedes Wort. Schließlich aber schreibt die „Deutsche Tageszeitung“ auf:

Die am Schluss aufgestellten Bedingungen gar zeigen aber das wahre Gesicht des Fuchses mit aller Klarheit. Ihre Annahme würde für die Deutschnationalen nichts anderes bedeuten als sich der sozialistischen Herrschaft auf innenpolitischem wie außenpolitischem Gebiet bedingungslos auszuliefern und auf jede eigene Bewegungsfreiheit von vornherein zu verzichten. Eine solche Zustimmung ist natürlich für eine Partei von der Bedeutung der Deutschnationalen unerträglich.

Dazu möchten wir zunächst bemerken, daß wir lieber das Gesicht eines Fuchses haben wollen als das eines Deutschnationalen. Denn was sich diese Herrschaften an Dummheit leisten, geht weit über das polizeilich erlaubte Maß hinaus.

Die Sozialdemokraten haben verlangt, daß sich die umzubildende Regierung zum Schutz der bestehenden

Verfassung bekennen müsse. Das nennt die „Deutsche Tageszeitung“ eine „unerträgliche Zumutung“. Die Deutschnationalen wollen also in die Regierung, sind aber sittlich entsetzt über die „unerträgliche Zumutung“, daß sie die bestehende Verfassung schützen sollen, die sie doch, um in die Regierung zu kommen, beschwören müssen. Wir sind der „Deutschen Tageszeitung“ außerordentlich dankbar dafür, daß sie uns zeigt, was von einem Eid eines deutschnationalen Ministers auf die Verfassung zu halten ist.

Die zweite „unerträgliche Zumutung“ ist die Ratifizierung des Abkommens von Washington über den Achtstundentag. Auch hier können wir — schon im Hinblick auf den voraussichtlich nahen Wahlkampf — den Deutschnationalen nur dankbar dafür sein, daß sie das wahre Gesicht des Bürgerblocks rechtzeitig enthüllt und gezeigt haben, warum die Deutschnationalen in die Regierung wollen.

Sie wollen der Republik und dem Achtstundentag den Hals umdrehen, die Forderung, daß sie auf dieses Vergnügen verzichten sollen, betrachten sie als eine „unerträgliche Zumutung“. Können sie das nicht erreichen, dann freut sie, wie man in Süddeutschland sagt, die ganze Leich nicht mehr!

Ueber den Unsinn eines spätabendlichen Sensationsblatts, das die Koalition von Hergt bis Hilferding schon fertig sieht, braucht man nach solchen Vorgängen kein Wort mehr verlieren. Auch die Meldung eines Konkurrenzunternehmens, daß der Bürgerblock ausgezeichnete Aussichten habe, steht ungefähr auf der gleichen Höhe. Weit mehr Beachtung verdienen die Stimmen der offiziellen Blätter der Volkspartei und des Zentrums.

Die „Zeit“, das Organ der Volkspartei, macht den Deutschnationalen einige ernste Vorhaltungen. Sie hätten eine unzweideutige Haltung vermissen lassen, sich „in das Halbdunkel einer Entschliegung eingehüllt, die den Zielpunkt des Willens und der Entschliegung nicht erkennen läßt“. Es müßte ihnen doch lieber sein, „aus eigenem Entschluß ein politisches Bekenntnis abzulegen, als sich von sozialdemokratischer Seite Gewissensfragen vorlegen zu lassen“. Jetzt gebe es nur noch zwei Möglichkeiten: die Einbeziehung der Deutschnationalen in die Regierung oder die Auflösung des Reichstags.

Wie steht es nun mit der Einbeziehung der Deutschnationalen in die Regierung? Die Entscheidung liegt beim Zentrum. Wie diese Entscheidung ausfallen wird, darüber gibt das Zentrumsbüro, die „Germania“, folgende Auskunft:

Wir sind es gewohnt, daß sich die Gegner unserer Partei gerne Illusionen hingeben. Insbesondere ist es immer ein Vorrecht der deutschnationalen Politik gewesen, und zwar nicht nur ihrer Innenpolitik, das zu glauben, was sie gerne wünschen. Es hat darum auch wenig Zweck, sie lang und breit eines Besseren belehren zu wollen. Nur kurz sei gesagt, daß die Hoffnungen der Deutschnationalen, als würde die Zentrumspartei sich letzten Endes doch noch zu einer Bürgerblockregierung bereitfinden, trügerisch sind. Das gilt nicht zuletzt gerade hinsichtlich der Haltung des schließlichen Zentrums, das in den Wahlen, bei denen Dr. Wirth beinahe ein führender Agitator war, wiederum ein hervorragendes Zeugnis seiner Einigkeit abgelegt hat, und dessen vorbildhafter Führer Dr. Försch in der Frage der Umbildung des Kabinetts mit dem Reichskanzler Marx vollkommen übereinstimmt.

Wenn ihr (der deutschnationalen Presse) wirklich daran liegen sollte, keine Vogelstraußpolitik zu treiben, so können wir ihr nur raten, die Hoffnung darauf aufzugeben, daß das Zentrum gegenwärtig eine Bürgerblockpolitik mitmachen würde. Alle ihre Intrigen und Manöver werden diese Tatsache nicht aus der Welt schaffen.

Also die Volkspartei sagt jetzt: Bürgerblock oder Auflösung! Zentrum und Demokraten sagen: Kein Bürgerblock! Bleibt: Auflösung!

Vor der Auflegung der Anleihe.

London, 3. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen über die deutsche Anleihe von 800 Millionen Goldmark sind so weit gediehen, daß die Anleihe am nächsten Mittwoch in London und New York aufgelegt werden kann.

London, 3. Oktober. (W.T.B.) Reichsfinanzminister Dr. Luther, der sich einen Tag in London aufgehalten hatte, um persönliche Fühlung mit den führenden Bankiers zu nehmen, die sich augenblicklich mit den Vorbereitungen für die Anleihe in Deutschland befassen, ist nach Berlin zurückgekehrt. Er beabsichtigt, im Verlauf der nächsten Woche nach London zurückzukehren, um das Anleiheabkommen zu zeichnen.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist gestern, Freitag, spät abends von London in Berlin eingetroffen.

Ernährungsforgen.

Getreidehaufe und Ernährungsministerium.

Noch vor wenigen Monaten gab es in der deutschen Landwirtschaft und dem zu ihrer Förderung gegründeten Reichsministerium keine größere Furcht als die, das deutsche Volk könnte zu viel und zu billiges Brot bekommen. Schutzzölle sollten den Zustrom ausländischen Getreides aufhalten, das fremde Getreide im Inland und damit die deutsche Brotfrucht künstlich verteuern. Heute muß man von einer drohenden Ernährungsnot sprechen. Die Roggenpreise haben sich seit ihrem Tiefstand Ende Juni mehr als verdoppelt! Derartige Wirrwarr herrscht auf den deutschen Getreidemärkten, daß der Preis für Roggen gestern mit durchschnittlich 249 M. je Tonne um 3 M. höher war als der Weizenpreis. Die mindere Nahrungsqualität wurde also höher bezahlt als die höherwertige! Das ist ein ganz ungewöhnlicher Fall. Er findet seine Erklärung lediglich darin, daß der Bedarf des deutschen Volkes an Roggen dank der agrarischen Zollpolitik immer wesentlich größer gewesen ist als der anderer Länder, daß ferner die Ernte an Roggen diesmal in der ganzen Welt viel geringer ist als der Bedarf, während die internationale Weizenerte im Verhältnis immer noch besser ausgefallen ist. Doch auch hier sind die Erträge wesentlich geringer als im vergangenen Jahre. Die großen Getreide liefernden Ueberseestaaten haben unter ungünstiger Witterung gelitten; das war um so schlimmer, als die Vereinigten Staaten ihre Getreideanbaufläche gegen den Vorkriegsstand um ein Sechstel eingeschränkt hatten. Rußland, von schwerer Mißernte betroffen, kommt als Getreidelieferant überhaupt nicht in Betracht. Es war vor dem Kriege eine der Stützen des Weltgetreidemarktes und im besonderen Roggenlieferant. Da in den Ueberseestaaten wenig Roggen angebaut wird, ist jetzt die Nachfrage nach dieser Brotfrucht dringend und stürmisch, das Angebot knapp. Das Ergebnis ist eine Getreideverteuerung, bei der wohl selbst dem Reichslandwirtschaftsminister Ranitz nicht mehr recht behaglich zumute ist, obwohl er sein Bestes dazu getan hat, die Getreideverteuerung zu organisieren.

Es hätte nicht so weit kommen können, wenn nicht die deutsche Ernte außerordentlich ungünstig ausgefallen wäre. Zwar wird, wie wir meldeten, der Ausfall an Brotgetreide infolge des schlechten Erntewelters auf höchstens 20 Proz. der günstigen Vorkriegsernte geschätzt, und auch dieses Fünftel ist noch nicht ganz verloren, sondern teilweise als Viehfutter verwendbar. Da nun immer große Mengen an Brotgetreide verfüttert wurden, ist anzunehmen, daß ein Teil der minderwertig gewordenen Brotfrucht zur Fütterung verwendet wird, und daß so von dem unbeschädigten Brotgetreide erhebliche Mengen, die sonst verfüttert worden wären, für die menschliche Ernährung bleiben. Auf der anderen Seite jedoch kehrt die Tatsache, daß die Getreidepreise um 43 bis 85 M. je Tonne, also je Zentner um 2,15 M. bei Weizen und 4,25 M. bei Roggen über den zollgeschützten Vorkriegspreisen liegen. Diese Getreideverteuerung hat sich bis jetzt im Brotpreis längst noch nicht in vollem Umfange ausgewirkt.

Es mag richtig sein, wenn das Reichs Ernährungsministerium versichern läßt, daß eine Gefahr für die Brotversorgung selbst nicht vorläge, daß insbesondere die bereits erfolgten großen Getreidekäufe im Ausland und die immerhin nicht schlechten Ernteerträge im überwiegenden Teil Ostasiens die Ernährung des Volkes „sicherstellen“. Bei so hohen Brotpreisen, wie sie jetzt infolge der Getreideverteuerung zu erwarten sind, wird freilich die Sicherstellung der Ernährung mehr mit einer Verbrauchsbeschränkung, also Hunger oder mit einem Ersatz des Brotes mit Kartoffeln und anderer minderwertiger Nahrung erkauft werden.

Das ist der Erfolg einer Landwirtschaftspolitik, die sich um die Lebensbedürfnisse des deutschen Volkes niemals mit dem notwendigen Ernst gekümmert hat. Was ist denn geschiefen? Es hat nur ein paar Wochen lang geregnet, mehr nicht. Das ist in anderen Jahren auch der Fall gewesen: also mußte man die Möglichkeit einer geringeren Ernte schon ins Auge fassen, ehe man Dispositionen über die deutschen Getreidevorräte traf. Statt dessen hat Graf Ranitz eine Zollvorlage eingebracht, die von der Annahme ausging, die Ernte würde in Deutschland und in den übrigen Ackerbaustaaten gut sein. Er hat die Zollvorlage auch dann nicht zurückgezogen, als der deutsche Preis dem Weltmarktpreis nahekam und als der deutsche Getreidebedarf und die starke Nachfrage die Preise des Weltmarktes noch in die Höhe trieben! So brachte der für die deutsche Ernährung verantwortliche Minister ein spekulatives Moment in den Getreidemarkt, das der internationale Getreidehandel sich natürlich zunutze zog.

Doch damit nicht genug, gab das Reichs Ernährungsministerium — immer in Erwartung eines Getreideüberschusses — noch vor Beginn der Ernte die Ausfuhr von Brotgetreide teilweise frei mit dem Erfolg, daß im Juli und August rund 436 000 Doppelzentner Weizen und Roggen ins Ausland wanderten noch dazu zu Preisen, die um 20 bis 33 Proz.

Sozialdemokratische Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist zur Besprechung der politischen Lage auf Mittwoch, den 3. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, nach Berlin berufen worden. Der Vorstand der Fraktion wird bereits am Vormittag tagen.

Die Fraktionen der bürgerlichen Parteien treten fast regellos bereits am Dienstag zusammen. Nur die Zentrumsfraktion hat ihre Beratungen über die Regierungserweiterung für Mittwoch anberaumt.

Ein Mörder des amerikanischen Konsuls in Teheran hingerichtet. In Washington traf aus Teheran die Nachricht ein, daß im Beisein der gesamten Garnison und eines Detachements der amerikanischen Mission der persische Soldat Morozza, der an der Ermordung des amerikanischen Konsuls beteiligt war, standrechtlich erschossen wurde.

unter den heutigen deutschen Getreidepreisen liegen! Anstatt das Getreide im Inland aufkaufen zu lassen und für den Notfall aufzuheben, hat man gewaltige Mengen deutschen Getreides dem Ausland halb geschenkt. Gleichzeitig aber traten bereits die deutschen Getreideimporteure in Tätigkeit. Sie hatten ja an dem geplanten Schutz Zoll nur zu verdienen! So kauften sie, als die Entblößung des Marktes offenbar wurde, Weizen und Roggen in größeren Mengen auf, die jetzt im Oktober und November herein kommen. Die Wirkung der überhäufteten Kaufstätigkeit aber war ein verschärftes Anziehen der Weltmarktpreise. Heute können wir denselben Roggen, der im August zu 17 M. je Doppelzentner hinausging, für 25 M. wieder einführen.

Das ist der „Schutz der nationalen Arbeit“, wie er von der Regierung proklamiert wurde. Immer wieder ist zu betonen, daß der deutsche Landwirt keinen oder mindestens geringeren Nutzen davon hatte als der internationale Getreidehandel. Die deutsche Landwirtschaft wäre in jedem Falle in den Genuß des hohen Getreidepreises gekommen, sobald die Knappheit offensichtlich wurde. Statt dessen hat sie gutes Getreide zu verhältnismäßig niedrigen Preisen abgegeben, und mancher Bauer, der dann von der Mißernte betroffen wurde, wird heute den hohen Preis anlegen müssen, um seinen eigenen Bedarf zu decken.

Die Ernährungsfragen, die angesichts der hohen Getreidepreise gekehrt werden müssen, sind eine Folge der Politik Ranke. Diese war eine einzige Spekulation auf gute in- und ausländische Ernten, eine Spekulation, die schließlich gescheitert ist. Die breiten Volksmassen sollen den Verlust bezahlen. Das Geschrei hätte man hören sollen, wenn etwa einem sozialistischen Ernährungsminister eine derartige Kurzsichtigkeit nachgewiesen worden wäre! Einem Fachminister freilich ist, wenn er Großgrundbesitzer und Förderer des Reichslandbundes ist, alles erlaubt!

Die Arbeiterschaft hat bei der ganzen Geschichte insofern noch Glück gehabt, als durch das Eingreifen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften die Ueberrumpelung des Reichstages mit der Zollvorlage verhindert wurde. Wäre das geplante Zollgesetz bereits in Geltung, so wäre der Roggenpreis noch um 50 M. höher, also fast doppelt so hoch wie der Vorkriegspreis. Jetzt, nachdem ohnehin die unerhörte Getreideteuerung eingetreten ist, wird der Kampf gegen die Zölle mit doppelter Kraft geführt werden müssen.

Dieser Kampf ist keineswegs — wie es die politischen Landbändler glauben machen wollen — ein Kampf gegen die Landwirtschaft. Die erfreuliche ablehnende Haltung, die der Agrarfreund Prof. Seering zu den Schutzzöllen einnimmt, bestätigt nur, was von uns früher in der gleichen Frage gesagt wurde als richtig. Wenn je, so ist jetzt Gelegenheit zu zeigen, daß unserer Partei an einem Kampf gegen die Landwirtschaft nichts liegt. Die Mißernte ist diesmal gerade in solchen Gegenden zu verzeichnen, wo ein starker, in hader Arbeit stehender Bauernstand der Scholle ihren Ertrag abringt. Wir begreifen es, daß gerade die preussische Regierung sich hier zu Hilfsmassnahmen entschlossen hat, dieselbe Preußenregierung, die die Landbändler am liebsten jippen möchten.

Was wir fordern müssen, das ist, daß anstatt der politischen Landbändler eine produktive Agrarpolitik getrieben wird, daß diese in Einklang gebracht wird mit einer vernünftigen Ernährungspolitik. Das vermischen wir im gegenwärtigen Reichslandwirtschaftsministerium, das einen leichten Beweis von Kurzsichtigkeit, um nicht zu sagen Unfähigkeit erbracht hat. Auf seine Politik gibt es für die deutsche Arbeiterschaft nur eine Antwort: schärfsten Protest!

Die „Schlesische Arbeiterzeitung“ wurde auf Grund des § 21 des Gesetzes zum Schutz der Republik auf die Dauer von 14 Tagen, und zwar vom 1. bis 14. Oktober 1924 einschließlich verboten.

## Astronomie der Berufe.

Von Lola Landau.

Gibt es nicht eine Astronomie der Berufe, eine örtliche zufällige Bestimmung, die sich allmählich zur gestirntenhaften (schicksalhaften) Konstellation der Welt entwickelt? Da ist die dahinstrollende Arbeit, unter der die Strahlen sich wie heißgelaufene Schienen ausdehnen, beweglich haltig, herrschsüchtig. Träger, Boten, Handwerker, Lehrer, Kerze, sie tragen sich in die Häuser, befehlen die Stunde und verteilen das Werk wie das Brot. Geduldig ist die geleistete Arbeit, eingerammt hinter Tischen und Werkzeugen. An ihr bricht sich die Faust der Dinge und kann nicht vorüber, ehe sie nicht in ihren Händen geballt ist, ewiges Wasser zu Glas geblasen. Welches ungleiche Weltbild muß in den Menschen entstehen, allein durch die sonderbare Dynamik der Arbeit, die sie vor sich herstoßen oder von der sie selber geschleudert werden.

Aber niemals einbringlicher erkennt man die unheimliche Gewalt des räumlichen Zwanges als bei den Gestalten hinter den Schaltern, die wie Schauluststücken hinter den Glaswänden der Scheiben sitzen, wachern, in der Hand nur das automatische Zitern des Gehäuses. Und steht dann der Mann in dem trüben Zwielicht des Untergrundbahnhofs, der die Billets durchlöchernd eingeperrt in seinen Kästen, wie in einen engen hölzernen Käfig, hoch er ewig in dem Gefängnis seines Berufes — wir alle sind die Besucher vor seinem Gitter, ohne ihn doch eines Blickes zu würdigen. Wir sehen ihn ganz dicht, atemnah, ohne ihn anzusehen; wir reichen ihm hin, was er verlangt, unsere Hände berühren sich beinahe, — seine Hand, eine fünffingerige Zange, öffnet sich und schnappt zu, um ein Loch in die Karte zu schlagen. Daß eine lebendige Hand eines ammen Menschen sich ausstreckt, empfinden wir nicht. Wie sollten wir es auch in der halben Sekunde vor seinem Gitter. Denn jede halbe Sekunde blüht vor diesem Gefesteten ein neuer Mensch auf und ist vorüber. Die Gestalter wechseln so schnell, als wäre es immer nur ein und dasselbe Gesicht, das sich grimassenartig verzieht, bald männlich, bald weiblich, bald in kindlichen Formen seine Züge verändert, ein Spul des Lebens.

Gibt es etwas Erschreckenderes als diese räumliche Nähe der Menschen und zugleich ihre unendliche Ferne und Fremdheit? Dieses Ereignis ist es, welches das Leben des Mannes unaufhörlich umkreist. Begriffe er es, so würde er vielleicht aus seinem hölzernen Käfig ausbrechen. Aber der Mann hinter der Schranke ist geschützt durch Nichtwissen, gefesselt durch Nichtkennen. Denn auch er sieht keine Menschen, ein Rollenstop einzelner wirren Menschenhaken wirbelt an ihm vorüber. Die scharfe Siegel eines Ranns, Haarsträhnen, der Goldknopf einer Manschette, eine rote Hufeisen- und vor allem Hände, spitze und stumpfe, Hände in Handschuhen und nackte Hände, von Arbeit geformt. Ein wirres Geflecht von Gesichtern ist es, das sich vor dem Mann aufstürzt wie eine Hecke, kein

## Marx über die Völkerbundsfrage.

Eintrittsgesuch auch ohne Antwort auf das Memorandum.

Reichsminister Dr. Marx äußerte sich einem Vertreter des „Daily Express“ gegenüber in bemerkenswerter Weise über die Frage eines Eintritts Deutschlands in den Völkerbund. Er sagte:

Das deutsche Volk habe bisher keinen Grund gehabt, die Beteiligung am Völkerbund zu erstreben, von dessen Leistungen es naturgemäß nur die für Deutschland negativen empfunden habe. Daß der Völkerbund in wichtigen Fragen auch positive Arbeit leistet habe, werde wohl von einzelnen erkannt, doch habe man von der großen Masse des deutschen Volkes nicht erwarten können, daß es angesichts der Entscheidung über Oberschlesien, um nur das Hauptbeispiel herauszugreifen, besonders geneigt wäre, durch die Mitgliedschaft im Völkerbund Aktionen zu sanktionieren, deren Kosten das deutsche Volk selber zu zahlen hätte. Nachdem nunmehr das Reparationsproblem geregelt sei, glaube die deutsche Regierung angesichts der wichtigen Fragen, die der Entscheidung des Völkerbundes unterliegen, ihre bisherige Haltung aufgeben zu müssen. Die deutsche Regierung habe es jedoch für eine Pflicht der Aufrichtigkeit gehalten, bevor sie ihren Antrag zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund stellte, sich Gewißheit über einige Punkte zu verschaffen, deren Bedeutung für die zukünftige Stellung Deutschlands zu dem Völkerbund ausschlaggebend sei. Diese Punkte habe die deutsche Regierung in einem Memorandum formuliert, welches den im Räte des Völkerbundes sitzenden 10 Nationen zugestellt worden sei. Die deutsche Regierung verlange auf dieses Memorandum weniger eine bestimmte Zu- oder Abgabe, sondern betrachte es als eine einseitige Erklärung, die sie aus Gründen der Loyalität vor Stellung des Antrages abgeben zu müssen glaubte. Deutschland liege im wesentlichen daran, seine zukünftige Stellung als Hauptmacht anerkannt zu sehen.

Die Erklärung läßt darauf schließen, daß der Reichsminister und mit ihm die gesamte Reichsregierung bereit sind, Schritte zwecks Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund auch dann zu unternehmen, wenn sich die Völkerbundmächte damit begnügen, das Memorandum zur Kenntnis zu nehmen, ohne ausdrücklich auf die einzelnen Punkte einzugehen. Nach dem bisherigen Echo, das das Memorandum bei den auswärtigen Regierungen gefunden hat, ist nicht anzunehmen, daß sich ein prinzipieller Widerstand geltend machen wird. Die Erklärung des Reichsministers kann mithin als ein weiterer Schritt vorwärts in der Völkerbundsfrage betrachtet werden. Da die Deutschnationalen sich nach wie vor zum Völkerbund schroff ablehnend verhalten, bedeutet sie zu gleicher Zeit einen neuen Schritt fort vom Bürgerblock.

Im weiteren Verlauf seiner Unterredung äußerte sich der Reichsminister über die Reparationsabgabe folgendermaßen:

Die deutsche Regierung könne nicht umhin, ihrer Besorgnis über die Anwendung einer der britischen Recovery Act analogen Sondersteuer in anderen alliierten Ländern Ausdruck zu geben. Nach Auffassung der deutschen Regierung lasse sich diese einseitige Reparationsentziehung nicht in Einklang mit den Bestimmungen des Dawes-Planes bringen. Der Dawes-Plan lege ganz besonderes Gewicht auf die Frage der Uebertragung von Reparationsleistungen aus Deutschland auf die reparationsberechtigten Länder. Bei dieser Uebertragung sei die größte Rücksicht auf die Stabilität der deutschen Währung zu nehmen. Aus den in Deutschland auskommenden Marktbeträgen, die für Reparationszwecke zur Verfügung ständen, dürften nach Ansicht der Verfasser des Dawes-Planes fremde Devisen nur in dem Maße erworben werden, als nicht eine Erschütterung der deutschen Währung zu befürchten sei. Die Anwendung der Recovery Act dagegen durch eine Anzahl, ja vielleicht die Mehrzahl der reparationsberechtigten Länder würde in ihrer Konsequenz dazu führen, daß ein Devisenbetrag in Höhe von mehreren 100 Millionen Goldmark der deutschen Wirtschaft von vornherein entzogen

würde, daß die deutsche Regierung die entsprechenden Summen im Innern zur Entschädigung der deutschen Exporteure aufzubringen hätte, und daß dadurch die deutsche Reparationsfähigkeit sowohl in hohem Grade geschwächt würde als auch neue Gefahren für die Stabilität der deutschen Währung heraufbeschworen würden.

## Geisler klagt?

Abwarten!

Die Vereinigten Vaterländischen Verbände haben anscheinend ihren berichtigten Vorsitzenden, den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Geisler, in den letzten Tagen mächtig unter Druck gesetzt und ihn endlich gezwungen, entgegen seiner ursprünglichen Absicht die Beleidigungslage zu erheben, zu der ihn Genosse Höring, der Bundesvorsitzende des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold gepöbelt hat. Wenigstens verkünden die Vereinigten Vaterländischen Verbände, daß sich Geisler — lange hat es gedauert, und er mußte gebührend gebrandmarkt werden als „bedürftiger Verteufelnder und Ehrabschneider“ — zu der Klage bequemt habe. Nun wird er den Beweis für seine hanebüchenern, echt vaterländischen Verteufelungen der Angehörigen des Reichsbanners erbringen müssen — wenn er in einiger Zeit nicht doch wieder Ineist und seine Verbände durch ihre Anklündigung lediglich eine Beschwichtigung derjenigen Kreise im rechtsradikalen Lager versuchen, denen Ehrabschneider als jedes Anstandes bar allmählich selbst zu Haus geworden ist.

## So muß es kommen!

Kommunistenspaltung in Weimar. — Ausgeschlossen wegen Stimmgabe für einen Sozialdemokraten.

Bochum, 3. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Auf Beschluß der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei des Ruhrgebiets sind acht Gemeindevorsteher der K.P.D. in Weimar aus der Partei ausgeschlossen worden, weil sie entgegen dem Befehl der Bezirksleitung der K.P.D. für die Wahl des sozialdemokratischen Amtmanns gestimmt hatten. Die „Praxis“ der Kommunisten besteht jetzt nach aus einem einzigen Ausreiter. Das Ausschlußurteil wird in der kommunistischen Presse mit einem langen Kommentar versehen, in dem es heißt, daß das Verhalten der Ausgeschlossenen eine katastrophale Verhöhnung des Klassenfeindlichen Charakters der K.P.D. sei. Die Wahl des sozialdemokratischen Amtmanns sei ein Eintritten für die Stellung der Sozialdemokratie zu dem Sozialständigenutachten und zu allen anderen Fragen. Bemerkenswert ist, daß die Haltung der Ausgeschlossenen von der überwiegenden Mehrheit der kommunistischen Mitglieder in Weimar gebilligt wird. Durch den Ausschluß der Gemeindevorsteher ist eine Spaltung der kommunistischen Partei in Weimar bewirkt worden.

## Sabotage des Londoner Abkommens?

Militärbehörden beschränken die Versammlungsfreiheit.

Essen, 3. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Obwohl die Wiederherstellung der Hoheit der deutschen Behörden ein Teil der Londoner Abmachungen ist, haben jedoch die französischen Militärbehörden einen neuen Versuch, der diese Verpflichtung ignoriert, herausgegeben. Der Presse des Ruhrgebiets ist befohlen worden, eine Verfügung zu veröffentlichen, in der betont wird, daß bisher keine Änderung der Anordnungen über die Versammlungsfreiheit erfolgt ist. Sämtliche Beschränkungen und Verfügungen der Befehlshaber über politische Versammlungen und über die Versammlungen der Gewerkschaften sind nach wie vor in vollem Umfang in Kraft. Demzufolge muß für politische Versammlungen mindestens drei Tage vor ihrer Einberufung die Genehmigung der Militärbehörden eingeholt werden. Versammlungen der Gewerkschaften und der Arbeitgebervereine müssen mindestens 24 Stunden vorher mündlich oder schriftlich angezeigt werden.

einzigster Mensch. Bald sieht er auch dies nicht mehr. Sein Auge bekommt einen abwägenden starrblinden Blick. Und was gäbe es auch zu sehen! Auf einer abschüssigen Drehscheibe, die immer schneller und schneller zu freier Fahrt schwindet, sieht er das Karussell der Menschen heranfahren. Und wie es ja immer ein und dasselbe Gesicht bleibt, das nur sein Wüstenpiel maskenhaft verwandelt, so ist es auch nur eine einzige, unwesentliche, gleichgültige Person, die immerzu wiederkehrt und ihm immer wieder denselben kleinen Gegenstand hinreich. Das höllische Geheimnis der vergeblichen und rasenden Bewegung, die nichts bedeutet als ewiges Stillstehen, der Wiefestalt, die nichts ist als Einzigkeit, erfüllt sich vor diesem Komme Sekunde um Sekunde. Allmählich muß eine lächelnde Apathie, eine heroische Gleichgültigkeit in ihn einziehen.

Vielleicht allerdings gibt es Augenblicke, in denen sein Auge von einem Eindruck aufgerissen wird. Eine Matrosenschiffe, die ihn an sein eigenes Kind erinnert, ein selbes Glimmen aus einem Frauenblick, das ihn lockt, aufzublicken, und er sieht hin, sieht endlich — das Leben sieht auf eine halbe Sekunde, des Wiedererkennens zwischen zwei Seelen, — aber schon ist es erloschen und wieder steht er in dem irren Halbdunkel unter der Erde wie ein Wächter der Unterwelt, an dem die endlosen Schatten der Menschen vorübergleiten.

## Die amerikanischen Zeitungen.

Ein Vergleich, den kürzlich Paul W. Witte in „Editor and Publisher“ zwischen 110 amerikanischen Tageszeitungen von heute und aus der Zeit vor 25 Jahren angestellt hat, zeigt als auffallendste Veränderung in diesem Zeitraum das Anwachsen des Umfangs. Die typische amerikanische Zeitung hat heute 16 Seiten zu je acht Spalten gegen 12 Seiten zu je sieben Spalten vor einem Vierteljahrhundert. Der den Nachrichten (Allgemeines, auswärtige Politik, Kriminalnachrichten, Geschäftsleben) gewidmete Raum, der in den früheren Blättern etwas mehr als die Hälfte einnahm, beträgt in den heutigen Zeitungen nur noch 40 Prozent. Die Auslandsnachrichten sind heute doppelt so umfangreich wie damals; sie beanspruchen etwa 2½ Prozent des Gesamttraumes. Die Abteilung „Politik“ ist sich ungefähr gleich geblieben, während die Kriminalnachrichten wesentlich zugenommen haben. Der dem Sport gewidmete Prozentanteil (7½ Prozent) zeigt ebenfalls eine starke Zunahme; dagegen befinden sich die Gesellschaftsnachrichten in einer mächtigen Flaute.

Auffallender als alle anderen Veränderungen im Zeitungswesen ist die Verkleinerung des für die Meinungsäußerung bestimmten Raumes. Der Prozentanteil für redaktionelle Äußerung ist um mehr als zwei Drittel herabgesetzt worden; aber der Rückgang ist sogar ein absoluter, drücken doch die zum Vergleich herangezogenen Zeitungen heute im Tagesdurchschnitt nur mehr als 56 Zoll Leitartikel gegen 65 Zoll im Jahre 1890; die „Briefe an die Redaktion“ sind bis zu einem Sechstel ihrer früheren Dosis beschnitten worden. Das Schwindens des redaktionellen Einflusses und der redaktionellen Bedeutung der amerikanischen Zeitungen ist seit langem eine bekannte Tatsache.

Vielleicht das Wichtigste von allem aber ist, daß der Anzeigenteil sich um etwa 50 Prozent vergrößert hat. Dieses Anwachsen wird noch deutlicher, wenn man sich vor Augen hält, daß der Tagesdurchschnitt für Anzeigen in den 25 Jahren von 539 Zoll auf 1172 Zoll gestiegen ist. Dies ist natürlich ein weiterer Beweis für die zunehmende Kommerzialisierung unserer Presse. Wenn man bedenkt, daß in diesen 25 Jahren die Verbreitung der Tageszeitungen in den Vereinigten Staaten auf annähernd 15 Millionen Exemplare emporgestiegen ist, und daß die finanziellen Anforderungen des heutigen Zeitungswesens sich ständig komplizieren, so findet diese Entwicklung ihre volle Begründung.

„Roland von Berlin.“ Die Leitung der neueröffneten Kleinkunstbühne im Admiralspalast verdient einen Preis: sie hat es zuwege gebracht, trotz Heranziehung einiger guter Kräfte, gähnende Langeweile in den reichend hergerichteten Raum, der wohl einer der schönsten in Berlin ist, hineinzubringen. Die einzigen Lichtblicke waren der ungarische Musikant János Szendrői, der eine Zeitlang einen wirklichen Kontakt mit dem Publikum herstellte, und Elisabeth Bergner, die eine meisterhafte dramatische Leistung bot. Leider mußte man die Langeweile des ganzen Abends auf sich nehmen, um zum Schluß diese Leistung zu genießen. Außerordentlich peinlich und bestrebend aber wirkte die Tatsache, daß den arglosen Pressevertretern Gratisbewirtung angeboten wurde. Wie niedrig muß die Leitung des Unternehmens die Pressevertreter einschätzen, wenn sie es wagt, sie mit Champagner und anderen schönen Dingen bewirten zu lassen! Leider hätte eine Anzahl der anwesenden Pressevertreter nicht das notwendige Taktgefühl, um die dargebotene Bewirtung zurückzuweisen. Offenbar wird von den zuständigen Berufsorganisationen dafür Sorge getragen, daß die hier gerügte Unsitte aus dem Berliner Kunstleben verschwindet. A. S.

Die Staatsschulen für freie und angewandte Kunst. Mit dem 1. Oktober ist die Vereinigung der Staatsschulen für freie und angewandte Kunst, die schon früher räumlich erfolgt war, nun auch organisatorisch vollzogen. In dem früheren Hochschulgelände in der Hardenbergstraße sind bis auf eine Werkstätte aus der Kunstgewerbeschule alle Ateliers und Klassen der beiden nun verschmolzenen Unterrichtsanstalten vereinigt worden. Und zwar hat man darauf Wert gelegt, die drei Abteilungen aus denen sich die Staatsschulen zusammensetzen, die für freie Kunst, für angewandte Kunst und für Architektur, nicht räumlich zu trennen. Indem man die Klassen, Ateliers und Werkstätten räumlich in enge Beziehung miteinander brachte, soll ermöglicht werden, daß die anregende Wirkung dieser Nachbarschaft „freier Künstler“ mit Kunstgewerbetlern, Zeichnern mit Druckern usw. sich vervielfacht. Im allgemeinen sind die Bildhauerwerkstätten im Rückzug an der Kurfürstenallee, die kunstgewerblichen Werkstätten im ersten Querflügel, vorn findet man eine Reihe von Atelierwerkstätten, meist nebeneinander die der Lehrer aus der früheren Hochschule und aus der alten Kunstgewerbeschule. Endlich enthält das weitläufige Gebäude auch noch die Meisterateliers der Akademie der Künste. Es wird nun alles darauf ankommen, die neuen Staatsschulen so auszubauen, wie es sachlich erforderlich ist, und diese neue Organisation über die erste Uebergangszeit hinwegzubringen.

Ludendorffs Alletter-Kreuz.  
Noch ein völkischer Ordensschwindel.

Ludendorff ist jetzt in einen neuen Ordensschwindel verwickelt, nachdem er erst jüngst durch sein Marschallamt beim Vertriebe der Ehrendekorationen des Hauptmanns Herzig blüßig gestellt wurde. Im Jahre 1919 wurde in München der Vaterländische Verband, der Frontkriegerbund, auf jagungsgemäß parteipolitisch neutralem Boden gegründet mit der Aufgabe, seinen Mitgliedern wirtschaftlich zu helfen und in ihnen außerdem das vaterländische Empfinden wachzuhalten. Anfang 1923 riefte sich aber Hitler in diesem Bund ein und erreichte alsbald, daß Ludendorff zum Ehrenpräsidenten ernannt wurde. Vom Sommer 1923 an wurde dann der Bund ausschließlich für innerpolitische Zwecke im Geiste Ludendorffs und Hitlers mißbraucht, und zwar unter der Führung eines gewissen Alletter. Vor einigen Tagen hat sich nun eine Reihe an der Spitze stehender Mitglieder von Alletter losgelöst und eine Menge von Freunden in München, Augsburg und anderen bayerischen Städten mitgerissen. Die Spaltung im Frontkriegerbund ist also komplett. Was die Sezessionisten zu ihrem Schritt veranlaßt, gab es sie im einzelnen in einer Bundesversammlung bekannt, und hier erfuhr man, wie strupellos der Despot Alletter unter der Billigung Ludendorffs sein Geschäft betrieb und den ganzen Frontkriegerbund zu einer rein nationalsozialistischen Vereinigung radikalster Richtung gemacht hat. Seine Arroganz ging schließlich so weit, daß er kürzlich ein Verfassungsinstitut des Bundes in Bamberg mit der Worten unterzeichnete: Hugo Alletter aus München, Bundesleiter des Frontkriegerbundes, genannt der zweite Hitler(!).

Wie er in Wirklichkeit die Leitung ausübte, ersieht man daraus, daß er in erster Linie die Kassenangelegenheiten an sich ritz in einer Weise, so daß der eigentliche Kassenwart lieber Monate lang überhaupt keine Beiträge mehr sah. Irgendwelche Abrechnungen waren niemals zu erlangen. Das genügte aber dem Herrn Bundesleiter noch nicht. Mit Zustimmung des Ehrenpräsidenten Ludendorff führte er ein sogenanntes Alletter-Kreuz ein, das den Mitgliedern verliehen wurde, nicht um sie zu ehren, sondern um mit dem dafür zu bezahlenden Entgelt die Bundeskasse zu füllen. Die Verleihung dieses Kreuzes, das nach Anweisung Alletters vor dem Eisernen Kreuz 1. Klasse zu tragen war, weil es der Silbernen Tapferkeitsdekoration gleichkäme, sollte so viel Geld einbringen, daß die ganze Verwaltung des Frontkriegerbundes in glänzender Aufmachung davon bezahlt werden konnte. Ob dieses Geschäft geklärt hat, teils der Vorsitzende der Ortsgruppe München des Frontkriegerbundes, von dem diese Angaben stammen, nicht mit. Jedenfalls aber brachte es dem Alletter so viel ein, daß er auf einer anständigen bürgerlichen Beruf und Erwerb verzichtete und ausschließlich den Geschäften eines zweiten Hitlers nachgehen konnte.

Er will nur bitten, nicht fordern.

Zu dem bei uns am 25. September veröffentlichten Aufruf der Arbeiterkommunisten, in dem verlangt wird, daß die in Rußland eingekerkerten Arbeiterkommunisten befreit werden, sendet uns einer der Unterzeichner, Kurt Steinbrecher (Deutschland), unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes, eine „Berichtigung“, in der er erklärt, daß sein Name zu Unrecht unter diesem Aufruf stehe und daß er schon vor einem halben Jahr gegen den Mißbrauch seines Namens bei den betreffenden Stellen protestiert habe. „Ich habe lediglich“, fährt er fort, „einem Freund des Masnikow bei einem gemeinschaftlichen Mittagessen, wo die Rede auf Masnikow kam, den ich auch persönlich kenne, die Lage des alten Bolschewisten bedauert und auf Ersuchen des Freundes von M. meinen Namen hergegeben zu einem Besuch an das Volkskommissariat der U. d. S. S. R. und zu diesem Zwecke meinen Namen in das Notizbuch dieses Freundes eingetragen, ohne jegliche Kenntnis dieses Aufrufes, welcher nicht meinen politischen Tendenzen entspricht.“

An dem Inhalt des von uns wiedergegebenen Aufrufes wird natürlich nichts durch diese „Berichtigung“ Steinbrechers geändert, der offensichtlich auch den Terror gegen die Arbeiterkommunisten verurteilt, aber lediglich dafür zu haben ist, ein Besuch an die russische Sowjetregierung zu richten.

**Eine Bombenpost.** In der heutigen Zeit des Aufschwungs ist es vielleicht interessant, darauf hinzuweisen, daß der unglückliche Dichter Kleist bereits vor mehr als hundert Jahren den Gedanken der Beförderung der Post auf dem Luftwege durch nachstehend geschilderte Erfindung verwirklichte. Er schrieb in seinen Berliner „Abendblättern“ vom 10. Oktober 1810:

**Rägliche Erfindungen.** Entwurf einer Bombenpost. Man hat in diesen Tagen zur Beförderung des Verkehrs innerhalb der Grenzen der vier Weltteile einen elektrischen Telegraphen erfinden; einen Telegraphen der mit der Schnelligkeit des Gedankens sich will sagen, in kürzester Zeit, als irgendein astronomisches Instrument angeben kann, permittelst des Elektrophors und des Metalldrahts Nachrichten mitteilt, dergestalt, daß, wenn jemand, falls nur sonst die Vorrichtung dazu getroffen wäre, einen guten Freund den er unter den Antipoden hätte, fragen wollte: Wie geht's dir? derselbe, ehe man noch eine Hand umkehrt, ohngefähr so, als ob er in einem und demselben Zimmer stünde, antworten könnte: Recht gut. So gern wir dem Erfinder dieser Post, die auf recht eigentliche Weise auf Flügeln des Blüses reitet, die Krone des Verdienstes zugestehen, so hat doch auch diese Fernschreibekunst nach der Unvollkommenheit, daß sie nur dem Interesse des Kaufmanns wenig erschließt, zur Verbesserung ganz kurzer und lakonischer Nachrichten, nicht aber zur Ueberwindung von Briefen, Berichten, Zeugnissen und Paketen taugt. Demnach schlagen wir, um auch diese Lücke zu erfüllen, zur Beförderung und Verdichtung der Handelskommunikationen, wenigstens innerhalb der Grenzen der kultivierten Welt, eine **Bombenpost** oder **Bombenpost** vor: ein Institut, das sich auf zweifelhafte innerhalb des Raums einer Schußweite angelegter Artilleriestationen, aus Bajonetten oder Haubitzen, hohe, statt des Pulvers, mit Briefen und Paketen angefüllte Kanonen, die man ohne alle Schwierigkeiten mit den Kanonen verfolgen kann, wo sie hinfallen, falls es ein Notarstand ist, wieder auffinden kann, zumüßig; dergestalt, daß die Kugel auf jeder Station zuweilen eröffnet, die respektiven Briefe für jeden Ort herausgenommen, die neuen hineingelegt, das Ganze wieder verschlossen in einen neuen Wörfer geladen und zur nächsten Station weiter pediert werden könnte. Dem Propetius des Ganges und die Beschreibung und Auseinanderlegung der Anlagen und Kosten behalten wir einer umfassenderen und weitläufigeren Abhandlung vor. Da man auf diese Weise, wie eine kurze mathematische Berechnung lehrt, binnen Zeit eines halben Tages, gegen geringe Kosten, von Berlin nach Stettin oder Breslau würde schreiben oder respondieren können und mitteln, verglichen mit unseren teuren Posten, ein zehnfacher Zeitgewinn entsteht, oder es ebensoviele ist, als ob ein Zauberstab diese Orte der Stadt Berlin jehmal näher gerückt hätte, so glauben wir für das bürgerliche sowohl als das handelsübende Publikum eine Erfindung von dem größten und entscheidenden Gewicht, welche den Verkehr auf den höchsten Gipfel der Vollkommenheit zu treiben, an den Tag gelegt zu haben.“

**Waclos Frances Jolland bekennt.** Aus Tours wird gemeldet, daß im Geheimvertrauen von Amalio France eine Verleumdung eingetreten sei. Der große Dichter befindet sich in einem dauernden Schwächezustand, der namentlich seit 48 Stunden erheblich zugenommen habe.

**Dag Kjelshansen** veranstaltet am 6. im Blätternsaal einen **Kongress** mit teilweise neuem Programm.

Die Vereinigten Staaten Europas.

Eine Rundgebung im Herrenhause.

Anläßlich des 23. Weltfriedenskongresses fand gestern abend im ehemaligen Herrenhause eine eindrucksvolle Rundgebung für die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa und den Völkern statt. Vor überfülltem Saal eröffnete Professor Destré die Veranstaltung. Für den durch Krankheit verhinderten italienischen Redner Francesco Crestano verlas Dr. Kawerau dessen eingeleitetes Manuskript über das Thema des Abends. Nach dem Weltkrieg stellt er fest, haben die demokratischen Kräfte in Europa sich allgewein verstärkt, während die aristokratischen zurückgedrängt worden sind. Diese Erkenntnis macht jeden Krieg nicht nur zu einem sittlichen Verbrechen an der Menschheit, sondern auch zu einem absoluten Widerfinn. Da durch Kriege keinerlei Existenzfragen gelöst werden, ist es von höchster Bedeutung zu wissen, ob es denn keine anderen und besseren Möglichkeiten gibt, um allen Völkern die Lebensfähigkeit zu sichern. Die fortgeschrittenen technischen Verhältnisse der Neuzeit lassen den Weg aus dem heutigen Chaos zu, und außer Kant ist es ein Italiener gewesen, Giuseppe Mazzini, der die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa als einer der ersten, und zwar nach amerikanischem Vorbild, vorgeschlagen hat. Der Weltkrieg lehre, daß eigene Wohlfahrt sich nicht durch den Ruin anderer erreichen läßt, und daß jede Schwächung Europas höchstens zugunsten der außereuropäischen Staaten geschieht. Sahn man vor dem Kriege bereits vor, gegen die drei Großmächte Rußland, England und die Vereinigten Staaten ein mitteleuropäisches Bündnis unter Führung Deutschlands zu gründen, so ist die Lösung bei der heutigen politischen Konstellation nur in noch größerem und schärferem Sinne möglich, eben durch die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa.

Die nachfolgenden Ansprachen waren alle von tiefem Verständnis für die Not der Gegenwart erfüllt. Lydia Stöcker betonte die hohe Aufgabe, die die Frau bei der Erziehung der Jugend zu Weltbürgern zu erfüllen hat. Dr. Walter Fabian stellte unter stürmischem Beifall fest, daß nur eine reine Rechtspflege im eigenen Staat Gewähr für ein reines Völkerrecht gibt, weshalb es notwendig ist, dem Freundschaftsband, der für tausend andere juristische Standale in Deutschland typisch ist, ein sofortiges

Ende zu bereiten. Hans Schwann führte aus, daß ohne den Freihandel nicht an eine Passivierung der Welt gedacht werden kann. H. v. Gerlach machte einige Gesichtspunkte gegen die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa geltend, da ja der Völkernbund den ungeheuren Vorzug der Existenz besäße. Heinrich Ströbel stellte dieser Auffassung durchaus richtig die Meinung entgegen, daß der Völkernbund auch bei einem Pan-Europa möglich sei, und daß eine große Zahl brennender sozialer Probleme nur durch die europäischen Staatenszusammenfassung gelöst werden könne. Senatspräsident Fremuth konstatierte, ebenfalls an das himmelstreichende Fischenbach-Urteil anknüpfend, daß unsere deutschen Richter zwar ein ausgebildetes „Rechts“ empfinden, aber durchaus kein „Links“ empfinden besitzen. Toni Pflüß behandelte die Notwendigkeit, der Jugend nun auch endlich den ideologischen Ueberbau zu verschaffen, den die heutige Defonomie verlangt und Pastor Franke wies an einem treffenden Beispiel aus der deutschen Völkernbundpolitik nach, wie das Dogma eines selbstsüchtigen unklugen Egoismus noch das Denken und Handeln der meisten deutschen Völkern beherrscht.

Professor Duidde führte zum Schluß aus, daß der Gedanke der überstaatlichen Organisation sich durchsetzen müsse, wenn der Friedensgedanke Realität werden soll. Die pazifistischen Fragen sind heute nicht mehr Fragen der Weltanschauung, sondern Probleme des gelunden Menschenverstandes, denn daß ein künftiger Krieg jede Kultur und Zivilisation bei dem bereits jetzt erreichten Stande der Technik zerstören würde, gibt selbst ein Mann wie General Foch zu. Das Leben der Menschheit steht auf dem Spiele, in der Hand der heutigen Generation liegt die Entscheidung. Der Internationale der Dummkheit will die heutige Jugend die Internationale der Vernunft und der Barmherzigkeit entgegenzusetzen, ergänzte Professor Destré.

In letzter Minute kam noch mit lebhaftem Beifall empfangen, Professor Bach zu Wort. Auch diesmal rief er die Anwesenden mit sich fort, und sein Bekenntnis zur Aktioität und zur Jugend entfesselte Stürme roger Begeisterung. Einstimmig wurde eine Resolution, die die Befreiung Fischenbachs und aller politischen Gefangenen fordert, angenommen.

Der Abbau von Wahlbeamten.

Einigung im Landtag.

Die Fraktionen der Demokraten, des Zentrums und der Sozialdemokraten im Landtag haben sich auf einen gemeinsamen Antrag geeinigt, der die Personalabbauverordnung dahin abändern will, daß der Beschluß, durch den ein Magistratsmitglied einstweilig in den Ruhestand versetzt wird, zu seiner Rechtswirksamkeit der Zustimmung der Aufsichtsbehörde bedarf. Verlegt diese die Zustimmung, so entscheidet auf Antrag der Stadtdirektorversammlung das Staatsministerium. Das Gesetz soll rückwirkende Kraft ab 1. September 1924 erhalten. Die Abstimmung des preussischen Landtags über die einstweilige Einstellung des Abbaus der Wahlbeamten konnte bekanntlich infolge zweimaliger Beschlußunfähigkeit des Hauses noch nicht erfolgen.

Die Arbeit des Staatsgerichtshofs.

Wieder drei Kommunisten verurteilt.

Leipzig, 3. Oktober. (W.B.) Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verurteilte heute den Arbeiter Wolf Groß aus Harburg, der im Mai dieses Jahres an Polizeibeamte Flugblätter vergebenden Inhalts verteilt hatte, wegen Beihilfe zur Vorbereitung des Hochverrats in Lateinheim mit einem Vergehen gegen § 7 Ziffer 4 des Republikstrafgesetzes zu zwei Jahren Gefängnis und 50 M. Geldstrafe. Sodann verurteilte der Staatsgerichtshof gegen den 18 Jahre alten Ausländer Werner Fjocher und den gleichfalls 18jährigen Hilfsarbeiter Otto Gröninger, beide aus Stuttgart, die der kommunistischen Jugend in Stuttgart angehören. Bei ihnen wurden Flugblätter und Material revolutionären Charakters, bei Gröninger auch eine Pistole und Infanteriemunition sowie 2 Handgranaten beschlagnahmt. Das Urteil lautete gegen Fjocher wegen Beihilfe zur Vorbereitung des Hochverrats in Lateinheim mit einem Vergehen gegen § 7 Ziffer 4 des Republikstrafgesetzes auf ein Jahr Gefängnis und 50 M. Geldstrafe, gegen Gröninger zugleich auch wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz und die Waffenvorordnung auf 9 Monate Gefängnis und 50 M. Geldstrafe.

In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, die kommunistische Partei habe ihr Ziel des gewaltvollen Umsturzes unerrückt im Auge behalten, und jede Tätigkeit, die dazu dienen solle, dieses Ziel vorzubereiten und die Voraussetzung für seine Erreichung zu schaffen, stelle eine Handlung zur Vorbereitung des Hochverrats dar.

Wahltag des britischen Bürgerblocks.

London, 3. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Alle Parteien rüsten sich für Neuwahlen zum Parlament für Mitte November. Die Arbeiterpartei hat soeben ihre Funktionäre im ganzen Land angewiesen, spätestens Ende Oktober die Wahlbewegung zu eröffnen. Auch die Konservativen und Liberalen haben Wahlvorbereitungen angeordnet. Zweifellos sind die bürgerlichen Parteien von Neuwahlen in dieser Zeit nicht erbaut und Einkünfte am Wert, um den König zu bestimmen, im Falle eines Mißtrauensvotums für das Kabinett das Ersuchen Macdonalds, die Wähler zu befragen, abzulehnen. Wenigstens soll der König die Parliamentsauflösung nicht früher unterzeichnen, bevor Baldwin, der Führer der Konservativen, und Asquith, der liberale Parteichef, oder irgendwelche anderen Politiker eingeladen werden sind, ein neues Kabinett zu bilden.

Die Konservativen rechnen damit, daß der Rücktritt der Arbeiterregierung schon am nächsten Mittwoch erzwungen wird, wenn sie den Generalstaatsanwalt, der Mitglied der Regierung ist, angreifen, weil er die Strafverfolgung eines kommunistischen Führers aufgehoben hat. Immerhin ist vorläufig sicher, daß die Liberalen eine Untersuchung beantragen werden, der sich die Regierung nicht verschließen wird. Eine Verzögerung der Krise ist also nicht unwahrscheinlich. In der Frage des englisch-russischen Vertrages, der vom Parlament nach dem 28. Oktober behandelt wird, ist aber kaum damit zu rechnen, daß die Liberalen zur Arbeiterpartei halten. Kommt es zur Wahl, so werden die Kämpfe viel heftiger als je zuvor werden; denn nicht nur die Arbeiterpartei hat ihren Organisationsapparat mit großem Eifer ausgebaut, sondern auch die Konservativen haben, um die Schwärze der letzten Wahlen auszuweichen, ihren Parteiapparat vollkommen neu durchorganisiert.

Der liberale Lord Birkenhead hat Fühlung mit den Konservativen aufgenommen, um eine liberal-konservative Koalition zustande zu bringen und dadurch im Falle des Kabinettssturzes die Neuwahlen zu vermeiden. Wenn diese Koalition zustande käme, werden sowohl Birkenhead wie Churchill und Lloyd George in dem Koalitionskabinett leitende Posten bekommen.

Verlängerung der Dawes-Fristen.

Paris, 3. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am 6. Oktober sollten laut Dawes-Plan drei Feststellungen von der Reparationskommission gemacht werden: 1. die Einrichtung sämtlicher Organisationen, die im Londoner Abkommen vorgesehen waren, 2. die endgültige Bildung der neuen Reichsbank und der Reichsbahngesellschaft und 3. die Uebergabe der Obligationenzertifikate an die Treuhänder. Außerdem sollten die Verträge abgeschlossen sein, die die Anleihe von 800 Millionen gewährleisten sollten. Es hat sich aber herausgestellt, daß es materiell unmöglich sein wird, an dem betreffenden Tag diese Feststellung restlos zu machen. Insbesondere hat sich ergeben, daß die endgültige Bildung so komplizierter Organismen wie die neue Reichsbahngesellschaft und die neue Reichsbank sowie der Abschluß von Verträgen für die Placierung der Anleihe eine ungeheure Vorarbeit voraussetzt, die nicht in den in London vorgesehenen Fristen vollzogen werden konnte. Unter diesen Umständen hat der Reparationsagent Young am Freitag nachmittag bei der Reparationskommission beantragt, daß die im Dawes-Plan vorgesehene Frist vom 6. Oktober um einige Tage verlängert wird.

Paris, 3. Oktober. (W.B.) Die Reparationskommission hat auf Antrag des Generalagenten Owen Young beschlossen, angesichts des Umstandes, daß die schwebenden Verhandlungen noch nicht beendet werden konnten, die im Londoner Zahlungsplan vorgesehene Frist für die zweite Feststellung, die am 6. Oktober stattfinden sollte, um sieben Tage, bis zum 13. Oktober, zu verlängern.

England gegen Genfer Protokoll.

London, 3. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In England erhebt sich, namentlich in konservativen Kreisen, eine sehr scharfe Kritik der Genfer Abmachungen über die Schiedsgerichtsbarkeit, insbesondere auch deswegen, weil die Einwanderungsfragen unter die Kontrolle des Völkernbundes gestellt werden können. Wie die Vereinigten Staaten, so sind auch die britischen Dominions Australien, Kanada und Neuseeland ausgesprochen gegen die japanische und chinesische Einwanderung. Der konservative „Evening Standard“ weist darauf hin, welche unmögliche Situation für England sich ergeben würde, wenn z. B. Australien wegen seiner bekannten Haltung gegen die Einwanderung farbiger durch das Schiedsgericht des Völkernbundes ins Unrecht gesetzt werde und die britische Flotte dann aufgefordert würde, im Namen des Völkernbundes Australien zu blockieren. „Evening Standard“ erklärt ferner, daß die englischen Dominions nicht das mindeste Interesse hätten, sich durch den Völkernbund erst in europäische Streitigkeiten verwickeln zu lassen. In diesen Fragen bestrebt in England so gut wie keine Meinungsverschiedenheit und es besteht deshalb nicht die geringste Aussicht, daß das Schlußprotokoll des Völkernbundes vom englischen Parlament angenommen werde.

Genf, 3. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Völkernbund hat am Freitag seine zwei letzten öffentlichen Sitzungen unter dem Vorsitz des belgischen Außenministers Hymans ab. In der Vormittagssitzung wurde zur Frage der albanischen Grenze gegen Serbien und Griechenland beschlossen, ein Rechtsgutachten über das Kloster Raoum des Albanien zugelassen wurde, der Völkernbundkonferenz zu übermitteln. Dann wurde das italienische Angebot des Privatrechtsinstituts in Rom angenommen; der Rat wird dessen Organisation mitbestimmen. Weiter beschloß man, eine juristische Kommission zu ernennen, die die Entschiedenungen über das Schiedsgerichtsverfahren, das Sicherheitsproblem und die Abrüstungsfrage formal endgültig feststellen soll, um sie als Zusatzanträge zum Völkernbundpak zu fassen.

In geheimer Sitzung berätete Benesch über die kommende Abrüstungskonferenz.

und den Artikel 12 des Protokolls über die wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen. Es wurde eine Resolution angenommen, die folgendes vorschlößt: Der Rat behält sich die Entscheidung und allgemeine Stellung vor. Angesichts seiner anderen Amtspflichtungen und der Unmöglichkeit, sofort zu sagen, wie es notwendig wäre, wird der Rat eine Kommission bestimmen, an der alle seine Mitglieder teilnehmen oder durch Teilnehmer sich vertreten lassen können. Diese Kommission wird Sachverständige wählen, aber keine endgültigen Entscheidungen treffen. Ihre Hauptaufgabe wird sein, die Zusammenfassung der Arbeiten aller zuständigen Völkernbundorganisationen zu regeln und deren Berichte zu sammeln; ihre erste Sitzung ist für den 17. November geplant. Die erwähnte Kommission wird vorläufig bestehen aus: 1. dem Ratkomitee mit 10 Mitgliedern, 2. dem Präsidenten oder 2 Mitgliedern jeder der drei wirtschaftlichen, finanziellen und Transmissionskommissionen, also 6 Mitgliedern, 3. 6 Mitgliedern, die durch die ständige beratende Kommission bestimmt werden, 4. je 2 Mitgliedern der Arbeiter-, und Arbeitergruppen der Verwaltungsrats des Arbeitsamts, 5. gegebenenfalls aus vom Rat ernannten juristischen Sachverständigen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Volksgemeinschaft.

Drei Vorgänge verdienen festgehalten zu werden. Auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik hat Professor Sombart der Klassenkampflehre den Krieg erklärt. Klassenkampf sei Unfug, sei gemein und niederträchtig, er fördere den Schlamm der Seele ans Tageslicht — den Haß.

In der Unternehmerpresse wird unter der Führung des Geheimrats Borfig seit Wochen die Schaffung einer neuen Arbeitsgemeinschaft, getragen von Werksgemeinschaften, propagiert.

Diese „wissenschaftlichen“ und wirtschaftlichen Bemühungen zur sofortigen Herstellung einer sozialen Friedensgesellschaft in Deutschland sollen gefördert werden durch einen politischen Akt: Die Regierung der Volksgemeinschaft.

Es lohnt sich, diesen von den Deutschnationalen, den Scharfmachern in der Industrie und einer ihnen dienenden Wissenschaft gerade jetzt ersehnten „Burgfrieden“ nach der ökonomischen und sozialen Seite hin nachzuprüfen.

In den Jahren des Weltkrieges war die Politik des Burgfriedens für die Kriegsgewinnler ganz einträglich. In der Zeit des passiven Widerstandes sollte die nationale Einheitsfront neben „Steuererleichterungen“ für die Besitzenden dazu dienen, wichtige soziale Entscheidungen, wie die Schaffung eines Arbeitszeitgesetzes, auf später zu verlagern. Als dann die Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Weltkrieg und im Ruhrkrieg ihre Schuldigkeit getan hatte, mußte die Stabilisierung der Währung dazu herhalten, um den wertvollen Menschen in Deutschland eine soziale Errungenschaft nach der anderen rauben zu können. In dieser Zeit haben die heutigen Freunde der Volksgemeinschaft alle bestehenden politischen und wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaften gesprengt, um so freie Bahn für die soziale Reaktion zu schaffen.

Nach der Annahme der Dawes-Gutachten ist eine neue Periode angebrochen. Deutschland hat eine Atempause bekommen. Außenpolitisch und international ist eine Entspannung der Atmosphäre eingetreten; der Aufbau der Wirtschaft soll einsehen.

Das Unternehmertum weiß, daß bei steigender Konjunktur und wachsender Beschäftigung auch die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit sich wieder zugunsten der Letzten wenden müssen. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten werden ihre Ansprüche stellen und gegen die Unterdrücker von gestern kämpfen. Die Kapitalisten halten es für zweckmäßig, in solchen Zeiten wieder eine Hagelversicherung aufzunehmen. Herr Borfig braucht wieder eine Arbeitsgemeinschaft, Herr Sombart schaffi für die Zeit, in der die Kampfbedingungen der Arbeitnehmer günstiger werden, vorher den häßlichen Klassenkampf ab und die wirtschaftliche Restaurierung des Kapitalismus muß politisch durch eine „Volksgemeinschaft“ veranlaßt werden.

Volksgemeinschaft und Arbeitsgemeinschaft in einem Augenblick, in dem das Unternehmertum seinerseits den schärfsten Klassenkampf gegen die Arbeit führt. Burgfrieden zu einem Zeitpunkt, da die Sozialpolitik und der Achtstundentag abgebaut, die Reallohne unerträglich gesunken sind.

Es zeigt sich bereits, daß die deutschnationalen Fasager und ihre schwerindustriellen Auftraggeber bei der Abstimmung darauf gerechnet haben, daß die anderen die Lasten zahlen. Die Volksgemeinschaft, die sie meinen, ist die Volkssversicherung der Besitzenden gegen die Tragung der Kriegskosten. Die deutsche Arbeiterklasse wird sich diesen Volksbeglückern gegenüber richtig einzustellen wissen. S. Aufhäuser.

### Der Wahrheit die Ehre!

#### Unternehmer für den Achtstundentag.

Die Zahl der Unternehmer, die mit dem Achtstundentag günstige Erfahrungen gemacht haben, ist auch in Deutschland nicht gar so gering, als man gemeinhin annimmt. Die Treiberien zur Verlängerung der Arbeitszeit auch in solchen Gewerben und Industriezweigen, wo nicht der Schalten eines Beweises für die Notwendigkeit dazu erbracht werden kann, sind auf die Bestrebungen der Schwerindustrie und der von ihr beeinflussten Arbeitgeberverbände zurückzuführen. Verbände kleinerer Unternehmer glauben

„dem Zuge der Zeit“, der Konjunkturpolitik der Scharfmacher folgen zu müssen und längere Arbeitszeit zu fordern, obwohl sie sonst nicht wissen, warum und weshalb. In den Kreisen der Unternehmer fürchtet man, nicht mehr als vollwertig angesehen zu werden, wenn man nicht die Verlängerung der Arbeitszeit fordert.

Nur wenige einsichtige Unternehmer haben den Mut, ihren Standpunkt zu verteidigen, selbst auf die Gefahr hin, dem Stürmchen ihrer großen Kollegen zu begegnen. Die Mehrzahl aber läßt die Dinge gehen.

Die einfachste Ueberlegung müßte den Herrschaften doch sagen, daß es sinn- und zwecklos ist, die für die Arbeitnehmer so ungünstige Lage des Arbeitsmarktes dazu zu missbrauchen, eine längere Arbeitszeit zu erzwingen. Die Arbeiter, die sich solchen Zwängen zähneknirschend fügen müssen, weil sie nicht hungern können, haben natürlich nicht allzu große Lust, sich in der verlängerten Arbeitszeit auszupumpen, selbst wenn sie es könnten. Davon aber abgesehen, muß das Unternehmertum doch wissen, daß die Drachensaat, die es sät, ihre Früchte treibt. Die Willkürmaßnahmen bilden den Keim zu Konflikten, die zum Austrag drängen, sobald die Wirtschaft wieder in Gang kommt. Der mit diesen prozontierten Kämpfen verbundene Nachteil wiegt die etwaigen profittlichen Ergebnisse der verlängerten Arbeitszeit vollkommen wieder auf. Beschränkte sich das Unternehmertum mit seinen Forderungen auf Ausnahmen vom Achtstundentag auf die Fälle, in denen nachweisbar eine etwas längere Arbeitszeit im Interesse des Produktionsprozesses tatsächlich unvermeidlich ist, dann ließe sich darüber weit leichter eine Einigung herbeiführen, als bei der Generalaktion gegen den Achtstundentag, bei der man lediglich die Absicht erkennt und darum selbst die Notwendigkeit in einzelnen Fällen nicht mehr sehen und berücksichtigen kann.

Die Erfahrungen, die der Warenhausbesitzer Stadtrat Billy Cohn in Halberstadt über den Achtstundentag im Einzelhandel gemacht und in seinem Artikel in Nr. 450 des „Vorwärts“ (2. Beilage) niedergelegt hat, wurden von vielen Seiten als richtig bestätigt. Doch nicht nur im Einzelhandel. Von der Firma Georg Lemble, Deutsch-Amerikanische Zuckerwarenfabrik, in Hohensöhnhagen, erhalten wir folgende Zuschrift:

„Wir haben den Artikel gelesen, den Sie netulich im „Vorwärts“ veröffentlicht haben betreffs der achtstündigen Arbeitszeit (Verfasser Herr Billy Cohn, Warenhaus, Halberstadt) und möchten Ihnen dafür aufrichtig danken.“

Es ist außerordentlich erfreulich, daß endlich auch einmal aus Kreisen der Unternehmer der Wahrheit die Ehre gegeben worden ist.

Die in dem betreffenden Artikel vertretenen Anschauungen können wir in allen Punkten unterschreiben.“

Es gibt, wie gesagt, recht viele Unternehmer, die ebenso denken, es aber nicht aussprechen. Und doch würden sie sich ein Verdienst erwerben im Interesse des gewerblichen Friedens, wenn sie ihre Ueberzeugung innerhalb ihrer Kreise wie auch öffentlich Geltung verschaffen.

### Drohender Streik in der Mühlenindustrie.

Die Arbeiter in den Berliner Mühlen stehen in einer Lohnbewegung. Den Arbeitgebern wurden Lohnforderungen überreicht, nach denen gelernte Arbeiter 40 Mk., ungelernete 38 Mk. und die Frauen 35,35 Mk. erhalten sollen. Die Arbeitgeber, die früher jede Lohnforderung auf schriftlichem Wege abgelehnt hatten, kamen diesmal zu einer Verhandlung, konnten sich aber zu keiner Verbesserung der Löhne verstehen. Es wurde deshalb der Schlichtungsausschuß angerufen, der am Dienstag durch einen Spruch die Löhne auf 35 Mk. für gelernte, 31 Mk. für ungelernete und für Frauen auf 20,70 Mk. festsetzte. Die Erhöhung würde 2 Mk., resp. 1 Mk. und 70 Pf. betragen. Die Geltungsdauer des Abkommens war bis 1. Januar 1925 angelegt.

Eine Vollversammlung der Mühlenarbeiter lehnte gestern abend den Spruch nach kurzer Diskussion ab. In den Betrieben wird nunmehr heute eine Urabstimmung vorgenommen werden, die über Annahme oder Ablehnung des Spruches entscheiden wird. Nach der Stimmung unter den Mühlenarbeitern ist mit einem Streik zu rechnen.

### Vereinbarungen für Ofenseher der Provinz Brandenburg.

Erneute Verhandlungen am 29. September mit dem Verband der Arbeitgeber der Provinz Brandenburg hatten das Ergebnis, daß der Berliner Tarif grundsätzlich anerkannt wurde. Damit ist für die Provinz Brandenburg zunächst eine 12. bis 15-prozentige Lohnerhöhung für die Ofenseher eingetreten. Über darüber hinaus wurde weiter vereinbart, daß die bisherigen Löhne von 53 bis 70 Pf. bedeutend erhöht wurden. Nach den Lohngebieten, wie sie gestaffelt sind, erhalten die Ofenseher 106, 95, 90, 85 und 80 Pf. Stundenlohn. Es ist somit eine 35. bis 40-prozentige Lohnerhöhung durchgeführt worden. Der

Ranteltarif wurde auf ein Jahr abgeschlossen und läuft am 30. September 1925 ab, während die Vereinbarungen für die Stundenlöhne bis zum 31. März 1925 Geltung haben.

Mit den Ofenfabrikanten wurde ebenfalls verhandelt. Die Ofenformer hätten einen Stundenlohn von 50 Pf. und dementsprechend wurden die Akkordlöhne gezahlt. Trotz der günstigen Konjunktur behaupten die Fabrikanten, keinerlei Lohnzulagen bewilligen zu können. Nach harten Auseinandersetzungen sind die Verhandlungen gänzlich gescheitert. Es ist allgemein bekannt, daß die Gewinne der Rachenlofenfabrikanten in der letzten Zeit ganz enorme waren; es wird von sachkundiger Seite in nächster Zeit der Deffentlichkeit Material unterbreitet werden, um diese Gewinne in das richtige Licht zu setzen. Daß die Ofenformer nun mit dem Scheitern der Verhandlungen sich beruhigen werden, ist ausgeschlossen. Es dürfte daher bald da und dort zu Lohnkämpfen kommen; aber über die Ofenformer machen wir, was sie längst beabsichtigten, und lehnen den Ofenfabriken den Rücken.

### Fimmen redet weiter.

Nach den eigenen Erklärungen: Edo Fimmens war anzunehmen, daß er eine Informationsreise nach Rußland unternimmt, um sich durch den Augenchein über die Verhältnisse zu unterrichten, um nach seiner Rückkehr darüber zu sprechen. Es zeigt sich jedoch, daß es sich mehr um eine Vortragsreise handelt als um eine Erkundigungsreise. Fimmen redet gegen den Dawes-Plan und redet auch sonst allerlei. Ist es Zufall oder Seelenharmonie, daß Fimmen ganz so redet, wie es von Rosslauern gefällt? Wenn er zurückkommt, wird er kaum noch etwas zu sagen haben, was die „Roten Fahnen“ nicht längst schon berichtet haben.

Hoffentlich glauben die Arbeiter in Sowjetrußland, was ihnen Fimmen über ihren Arbeitslohn erzählt, der sich ständig erhöhe, während er im Westen ständig sinkt. Wir wünschen sogar, daß die behauptete Lohnsteigerung in Rußland zuträfe, selbst auf die Gefahr hin, daß wir im Westen von Wostan, zumal in Deutschland und weiterhin „in roten Schmerzen wunden“ müßten.

Daß Fimmen anderer Ansicht ist als keine Genossen in Amsterdam, war bereits bekannt, bevor er nach Rostau ging. Er ist 3. B. der Meinung, daß die Arbeiterregierungen keinen Ruhm für die Arbeiter bringen. Wir dagegen meinen, daß eine Arbeiterregierung immerhin besser sei für die Arbeiter als etwa das Horribus-Regiment in Ungarn. Gut nur, daß Sowjetrußland keine Arbeiterregierung hat, sonst hätten nach der Fimmenschen Logik die russischen Arbeiter nicht so großen Ruhm.

Warum soll Fimmen aber nicht reden? Er kommt auf diese Weise mit den Rostauern am besten aus. Was er redet, verstehen die russischen Arbeiter ohnehin nicht. Leider versteht auch Fimmen nicht, was sie ihm zu sagen hätten, wenn sie unkontrolliert reden könnten.

Doch lassen wir den guten Edo in Rostau weiterreden.

### Die internationale Sozialgesetzgebung.

(308.) Soeben ist eine circa 100 Seiten starke Broschüre über die neuen Tendenzen der Sozialgesetzgebung erschienen, die den Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, J. Dudgeon, zum Verfasser hat. Die Schrift ist hauptsächlich für ein internationales Publikum bestimmt. Der Verfasser legt vor allem dar, wie eine Sozialgesetzgebung, die den Forderungen der Arbeiterklasse in der Nachkriegszeit entsprechen soll, beschaffen sein muß. Es genügt nicht, daß die reaktionären Maßnahmen der Unternehmer und Regierungen abgewehrt werden, sondern es muß gleichzeitig mit dem Aufgebot aller Kräfte für den Ausbau der Sozialgesetzgebung Sorge getragen werden. Die Schrift beschäftigt sich ferner in ausführlicher Weise mit dem Vereins- und Versammlungsrecht, dem Achtstundentag, der Wohnungsfürsorge, der Sozialversicherung und dem Arbeitsbestimmungsrecht.

Der Broschüre sind Berichte aus dreizehn Ländern aus der Hand von Fachkundigen über den Stand der Sozialgesetzgebung nach dem Kriege beigelegt. Die Broschüre erscheint auch in französischer, englischer und holländischer Sprache. Der Preis der deutschen Ausgabe beträgt 2 Mk.

Bestellungen in Deutschland sind zu richten an die Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S. 14, Inselstr. 6.

Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Berlin. Verberichtsversammlung in der Woche vom 3. bis 11. Oktober. Dienstag: Bezirk Welkenhof: Abends 8 Uhr im Berliner Hof. Mittwoch: Antonplatz. Bezirk Spandauer-D: Abends 7 1/2 Uhr bei Ulrike Reinhold-D: Schötker 26. Bezirk Reinickendorf-D: Abends 7 1/2 Uhr bei Ulrike Reinhold-D: Schötker 26. Donnerstag: Werderbezirk: Tegel, Bornholmer-Abend 8 Uhr bei Fechner, Tegel, Berlin. Ede Behnhöfstr. Freitag: Bezirk Wilmersdorf: Friedrichshagen: Abends 7 1/2 Uhr im Jugendklub, Lichtenberg, Anstaltsgebäude 2. Sonnabend: Bezirk Friedrichshagen: Abends 8 Uhr bei Scholz, Friedrichshagen, Friedrichstr. 81.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Kurt Salernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Scheiner; Gesundheit: Dr. John Schilman; Kultur und Sonstiges: Wily Röhms; Anzeigen: H. Glode; Druck: (amtlich in Berlin). Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen.

# Zur Eröffnung

## unserer 24. Filiale

### Sonnabend den 4. Okt.

# Charlottenburg

## BERLINERSTR. 133

# Bottina

### Schuh-G.m.b.H.

Nur einige Beispiele

Damen-Spandenschuhe	alles Leder	5,90
Damen-Schnürschuhe	In schw. u. Braun	5,90
Prima Lack-Schnürschuhe	Schleibschuh	10,90
	u. Kettenschuh	12,50

Beachtung erbeten  
Enorme Auswahl  
Billigste Preise

Verkaufsstellen: Kleiststr. 24 • Turmstr. 78 • Oranienstr. 29 • Neukölln: Berlinerstr. 43 • Brunnenstr. 13

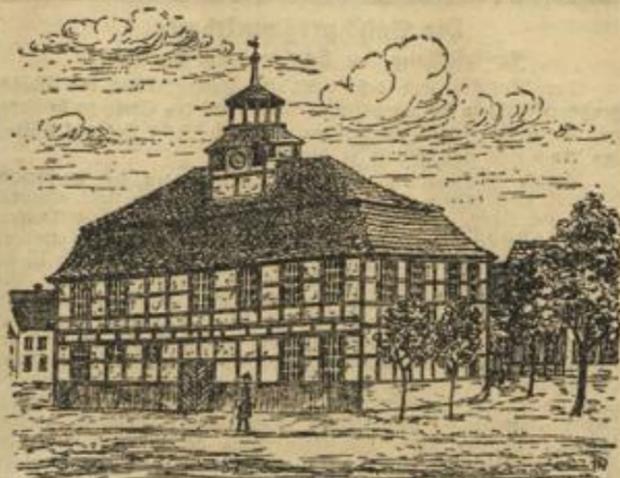
## Sonntägliche Wanderziele.

### Am Storkower See.

Vom Gärlicher Bahnhof oder von der Stadtbahn (in Niederschöneweide umsteigen) fahren wir über Königswusterhausen (meist umsteigen) nach Storkow (Sonntagskarte). Umfangreiche Seen breiten sich in der Nähe der Stadt aus. Im Süden liegt ein großer See, dessen einzelne Teile verschiedene Namen führen, Schaplowsee, Groß-Schäpauer See, Großer Wochowsee und Großer Schlawower See. Den Südost erstreckt sich der Große Storkower See oder Dolgensee, der wiederum mit dem Schärmühlfesee in Verbindung steht. Vom Bahnhof wohnen wir in die Stadt. Das Land Storkow kam, ebenso wie die Landestelle Beeskow, Leupitz und Jossen, erst im 16. Jahrhundert zur Mark Brandenburg. 1556 wurde die Herrschaft dem damaligen Kurfürsten von Brandenburg übergeben. Vorher gehörten Storkow und die Lausitz zu Böhmen. Die älteste Urkunde, in der Storkow erwähnt wird, stammt aus dem Jahre 1209. Die Stadt hat im Laufe der Jahrhunderte ihren Namen nicht geändert, wenn auch zu manchen Zeiten kleine Abweichungen von der heutigen Schreibweise vorkamen. In einer Urkunde vom Jahre 1346 ist der Name Storkow genau so geschrieben wie heute. Ein freundliches Städtchen ist Storkow, dessen Stadtwappen einen Storch führt. Helle, lichte Straßen, saubere Häuschen geben ein schmuckes friedliches Stadtbild. Am Markt steht das Rathaus, ein Bau aus dem Jahre 1850. Von der Pflanzzeit der guten Storkower gibt eine kleine Erzählung eine Probe, die einem wirklichen Ereignis seinen Ursprung verdanken soll. Als die Eisenbahn angelegt wurde, hatten die Storkower die Verpflichtung übernommen, die Zufahrtsstraße und den Bahnhofsplatz zu pflastern. Die Eisenbahn und der Bahnhof wurden gebaut, aber die Storkower machten keine Anstalten, ihrer Verpflichtung nachzukommen; sie glaubten, Straße und Platz würden ihr Pflaster schon erhalten, auch ohne ihr Zutun. Die Bahnverwaltung dachte jedoch anders. Sie nahm den Bahnhof nicht in Betrieb; die Jüge hielten in Storkow nicht an, sondern fuhren durch. Wollten die braven Storkower perceiving, so mußte sie mehrere Kilometer weit zum nächsten Bahnhof wandern; Storkow hatte wohl eine Eisenbahn und Bahnhofsgebäude, aber doch keinen Bahnhof. Einige Monate blieb es so, dann besorgten sich die Storkower und erfüllten ihre Verpflichtung. Nun hielten auch die Eisenbahnzüge in Storkow an. Durch den nördlichen Teil der Stadt zieht sich der Storkower Kanal. Er geht vom Großen Storkower See zum Wölziger See, der wiederum durch den Langen See bei Prieros mit der Dahme in Verbindung steht. Hierdurch ist es möglich, von Berlin aus auf dem Wasserwege bis zum Schärmühlfesee zu gelangen, ein Wasserstraßen, die allen Berliner Wasserfreunden gut bekannt ist. Wir überschreiten den Kanal und verlassen die Stadt. Von der Bismarckhöhe, 52 Meter über dem Meeresspiegel oder 15 Meter über dem Großen Storkower See gelegen, genießen wir einen prächtigen Rundblick über Stadt, Wasser und Wald. Am Weinberg wandern wir von der Chaussee rechts ab; am Südost, auf dem Wege nach Dahmsdorf kommen wir wieder zum See, in dessen Nähe wir einige Zeit bleiben. Der Riesenwald, von Hügeln durchzogen, tritt bis dicht an den See heran. Nachdem wir Dahmsdorf verlassen haben, wandern wir wieder zum See. Dicht am Ufer führt der Weg hin; links der Wald, rechts das Wasser. Wir kommen zum Ende des Sees; hier beginnt die Niederung, die sich zum Schärmühlfesee erstreckt und die vom Storkower Kanal durchflossen wird. Bald haben wir Wendisch-Riech erreicht, wir sind am Schärmühlfesee. Vom Südens dieses Sees, am gleichnamigen Bahnhof, überblicken wir die weite Wasserfläche in ihrer gesamten Ausdehnung. Weit im Norden tauchen die Ruwenischen Berge und die Soldatenberge südlich von Fürstwerda auf. Einen Blick noch über „das brandenburgische Meer“, wie Fontane den Schärmühlfesee nennt, dann geht es weiter gen Nordwest. Zuerst auf der Chaussee, dann links ab durch die große Storkower Stadtwald. Durch hügeliges Gelände führt der Weg, am Nordende des Kleinen Orfienfelses vorbei, zum Forsthaus Storkow, am Alten Wochowsee gelegen. Von hier wandern wir gen Nord. Bald haben wir das Ostufer des Schaplowsees erreicht; vom gegenüberliegenden Ufer grüßt Groß-Schäpauer. Wir bleiben am See bis zu seinem Nordende; hier verlassen wir ihn und wandern rechts ab, nach Storkow zurück. Ruhiger Abendfriede liegt auf dem Städtchen, wenn wir uns zum Bahnhof wenden, um die Rückreise anzutreten. Weglänge etwa 22 Kilometer.

### Zur Römerschance.

Um jenes ehrwürdige Denkmal aus vorgeschichtlicher Zeit, die Römerschance, kennenzulernen, fahren wir vom Potsdamer Hauptbahnhof oder von der Stadtbahn nach Potsdam. Wir wandern vom Bahnhof über die Lange Brücke und durch die Stadt zum Neuen Tor und zur russischen Kolonie Alexandrowka. Von hier wenden wir uns rechts durch die Allee zum Neuen Garten. Schöne Spaziergänge bietet dieser Park, den wir an seinem Nordausgang, bei der Meierei, wieder verlassen. Wir sind jetzt am Jungfernsee. Durch die Berlinstraße, wo sich die städtischen Wasserwerke befinden, wandern wir weiter; der Weg führt um eine Villa



herum, dann sind wir wieder am Ufer des Sees. Auf schönem, schattigem Wege kommen wir schließlich nach Redlich. Eine Brücke führt über den Durchstich des Sakrow-Bareyer Kanals. Dieser führt die von Potsdam über Werder führende Wasserstraße der Havel um ein beträchtliches Stück ab. Der Kanal verbindet den vor Potsdam von der Havel abgehenden Jungfernsee mit dem Haveland-See, führt durch den von der Publiß durchflossenen Schlarfsee und mündet bei Rehin in den Götinsee, wo er die Havel wieder erreicht. Von der Redlicher Brücke wandern wir gen Nord durch Neu-Fohrland nach Krampnitz, am Nordende des gleichnamigen Sees gelegen. Dieser See liegt in einer der zahlreichen Rinne, die die zwischen dem Haveländischen Ufer und der Havel sich erstreckende Dübberlöh Hochfläche durchziehen. Die Rinne beginnt im Fernhäger Bruch nördlich von Herbig und nimmt ihren Lauf in südöstlicher Richtung, anfangs vom Großen Graben durchflossen. Abwärts vom Krampnitz erweitert sich die Rinne und wird vor Seen erfüllt, dem Krampnitz, Rehnitz- und Jungfernsee. Mit diesem mündet die Rinne in die Havel. Von Krampnitz wandern wir anfangs in südöstlicher, dann in südlicher Richtung, östlich vom Rehbügel vorbei, zum Ostufer des Rehnitzsees. Der Weg führt unmittelbar am See weiter. Am südlichen Ufer liegt eine natürliche Erhebung, die von der Römerschance gekrönt ist. Diese Schanze ist ein alter vorgeschichtlicher Burgwall, ein Ringwall, einer der am besten erhaltenen in Norddeutschland. Der Name Römerschance hat mit den Römern nichts zu schaffen, denn diese waren niemals bis in die Mark Brandenburg vorgezogen; er ist vielmehr ohne Zweifel entstellt worden aus Räuher, oder Röherschance. In alten Chroniken wird die Schanze auch als „Königswall“ bezeichnet; der Wald, in dem sie liegt, ist der „Königswald“, und der Weg, der südlich an ihr vorbeiführt, der „Königsweg“. Der Berg, auf dem die Römerschance angelegt ist, erhebt sich 20 Meter über den Seespiegel. Sein Gipfel bildet nahezu ein Viereck von 175 : 125 Metern Seitenlänge. Diese Hochfläche brauchte nur mit einem Wallgraben umgeben und der Sumpfstreifen im Westen, wie es geschehen ist, durch einen kurzen Durchstich mit dem See verbunden zu werden, um eine sehr starke Schutzwehr zu gewinnen. Die Burg lag keines-

wegs abseits von allen menschlichen Siedlungen in der Wildnis, sondern in ihrer näheren und weiteren Umgebung sind viele Funde gemacht worden, die den Beweis erbringen, daß die Gegend in jener Zeit verhältnismäßig reich besiedelt gewesen sein muß. Bei der vor einigen Jahren angestellten Untersuchung der Römerschance zeigten sich die Spuren der Holzbauer — Steinmaterial war nicht vorhanden — so deutlich erhalten, sie zeigten eine so sorgfältig und regelrechte Bauart, wie sie selbst bei römischen Anlagen im Westen Deutschlands kaum vorhanden ist. Man konnte den Wallbau wiederherstellen, zwei Tore im Grundriß erkennen und ein Haus völlig übersehen. Vor allem konnte man überall zwei Bau- und Ansiedlungsabschnitte unterscheiden. Der älteste Abschnitt entstammt dem Ausgang der Bronzezeit, ist also etwa 600 Jahre v. Chr. entstanden; der zweite (jüngere) Abschnitt ist frühwendisch, also aus der Zeit um 600 n. Chr. Aus den dazwischen liegenden tausend Jahren sind Spuren nicht gefunden worden, so daß wohl angenommen werden darf, die Römerschance sei in dieser Zeit nicht benutzt worden. Wir sehen hier eine Anlage, die von germanischen Völkern errichtet und nach langer Zeit von Wenden weiter benutzt wurde. Wir verlassen diese Stätte ehrwürdigen vorgeschichtlichen Lebens und wandern am Ufer des Jungfernsees nach Sakrow. Hier lassen wir uns mit der Fähre über die Havel setzen und wenden uns dann gen Süd zur Mienider Brücke. Die Straße führt unmittelbar neben dem Fluß hin. Von der Brücke überblicken wir noch einmal die schöne Havelnlandschaft. Die breiten Wasserflächen, die waldgekrönten Höhen, sie grünen uns zum Abschied; dann wandern wir durch die Berliner Vorstadt zum Bahnhof Potsdam zurück, um die Heimfahrt nach Berlin anzutreten. Weglänge etwa 23 Kilometer.

### Eine Abbaukomödie.

#### In einem sozialistenreinen Bezirksamt.

Die Bürgerlichen hatten gestern einen schweren Tag. Es galt abzubauen in einem Bezirksamt, wo es keine Sozialdemokraten zum Herauswerfen gab. Das sozialistenreine Bezirksamt fühlt sich unter sich so wohl, daß es ihm herzlich schwer wird, sich von einiger seiner Mitglieder zu trennen. Tiefe Trauer lag daher über dem völlig verwaisten Magistratsstisch. Für die ganze Dauer der Beratung dieser erschütternden Angelegenheit wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Der Ausschuss hatte den Stadtschulrat Dr. Ferber und den stellvertretenden Bürgermeister Dr. Bager zum Abbau vorgeschlagen. Ueber Herrn Dr. Ferber war sich die Versammlung sehr schnell einig, da selbst seine Parteifreunde zugeben mußten, daß kein Tätigkeitsfeld für ihn vorhanden ist. Um so heißer war der Kampf, der sich um den Volksparteier Dr. Bager entsponn. Die Volkspartei brachte den Antrag ein, statt Dr. Bager den Demokraten Dr. Ruhmann abzubauen. Ferber war dem Vorsitz der Versammlung bereits am Tage nach der geheimen Sitzung des Ausschusses ein von über 400 Stimmen unterzeichneter Eingabe eingegangen, nach deren Bestüre man ganz überzeugt sein mußte, daß Dr. Bager den ganzen Karren wirft und der arme Bezirk Tiergarten ohne ihn rettungslos verloren wäre. Trostdem legte Genosse Pärisk in einem schlichten Berichte die Gründe dar, die die Mehrheit des Ausschusses bewegen hatten, Dr. Bager für den Abbau in Aussicht zu nehmen. Vor allem war die Erwägung maßgebend gewesen, daß Dr. B. als Jurist und Mann in den besten Jahren noch reichlich Gelegenheit hat, sich umzustellen und ein anderes Arbeitsfeld zu finden. Dr. Klinkhardt (Volkspartei) vertrat dagegen den originellen Standpunkt, daß der 62jährige Dr. Ruhmann, der früher mal Apotheker war, mit Beidseitigkeit einen Posten bekommen könnte und empfahl als besonders geeignet die Uebernahme von Nachtwacher. Genosse Publiß trat seinen Ausführungen sehr wirksam entgegen. Er wies besonders darauf hin, daß die vorgebrachten Bedenken nichts maßgebend gewesen waren, wo Sozialdemokraten abzubauen waren. Da die Volkspartei sich auf den Standpunkt stellte, daß eine Einzelstelle überhaupt nicht abgebaut werden kann, wurde ihr der Fall Kreuzberg und Tempelhof zu Gemüte geführt, wo sogar der Bürgermeister abgebaut werden konnte, weil er Sozialdemokrat war, und insbesondere der Fall Paulsen, wo die Volkspartei doch gar keine Bedenken hatte, eine Einzelstelle fallen zu lassen. Die Demokraten schlossen sich unserem Standpunkte an. Der Abbau Bagers schien gesichert, wenn nicht im letzten Moment die Kommunisten wieder ihr Talent, Konfusion anzurichten, in bewundernswerter Weise betätigt hätten. Herr B. schob den Bogen ab, indem er mit dem Antrag hereinplafte,

## Die Familie Frank.

### Roman von Martin Andersen Nergö.

Madam Frank begann, ganz kostbar zu schlucken und den Kopf dazu im Takt hin und her zu schaukeln. Thorwald brach in Gelächter aus, ein hartes, heftiges Knabensachen, das ihn zu sprengen drohte. Sie glück einer Henne, die alle Halsfedern verloren hat und mit ihrem scharfen Kopf nach Hitzigen in der Luft herumhakt. Und das Gesicht, das sie aufsetzte, es sah unbändig komisch aus.

Als sie aber gar nicht wieder aufhörte, wurde ihm unheimlich zumut, und er starrte sie entsetzt an. Und als sie in einem fort weiter schluckte und den Kopf bewegte, brüllte er laut auf, wurde mitten in seinem Schluchzen von der Komik ihres Ausdrucks gepackt und lachte; doch dann brüllte er noch stärker, während sie fortzufuhr, zu schlucken und den Kopf hin und her zu werfen, regelmäßig wie eine Uhr.

Endlich ließ ihr Anfall nach und ging vorüber, und die Tränen strömten ihr die Wangen hinab.

Thorwald hatte den Becken hervorgeholt und vor sie auf die Bettdecke geschoben. Und er nahm auf irgendeine Weise die Gelegenheit wahr, die Hand auf ihre Stirn zu legen, sah jedoch dabei aus wie ein Verbrecher, der auf frischer Tat ertrappt wird.

Sie ergriff seine Hand:

„Mach dir nur nichts draus, mein Junge, jetzt ist's vorüber. — Aber ich hatte mich für die Beste verbürgt, siehst du; die Leute haben ja Angst vor uns getriegt seit der Geschichte mit dem Rod des Schornsteinschneiders. Ich mußte ihn geradezu darum anbetteln, uns die Beste zum Reparieren zu geben, und schließlich sagte er: „Ja, Wenn Sie es versprechen, Madam Frank, dann weiß ich auch, daß Sie es halten.“ — Und dann ist sie doch den Weg gewandert. Und woher kriegen wir jetzt Geld, sie einzulösen? Niemand vertraut uns mehr etwas an — nicht mal dreifache Sachen. Denn sie werden sagen — daß wir — es — versehen.“

Wieder begann sie zu schlucken.

Thorwald verschwand aus der Tür und kam bald wieder herein, die zusammengesetzten Fäuste voll klirrenden, raselnden Geldes. Er warf die Geldstücke gegen die Decke, und sie regneten wieder über Tisch und Bett herab und weiter auf den Fußboden hin, rollten und klangen und verschwanden in den Winkeln und blieben still liegen. Eine einzelne größere

Münze schnurrte eine Zeitlang herum und wiegte sich, bis sie zur Ruhe kam.

Madam Franks Gesicht erhellte sich merkwürdig schnell. Sie reckte den Kopf über den Bettrand vor und verfolgte eifrig, wie Thorwald auf allen vieren nach dem Gelde jagte. „Woher hast du denn all das schöne Geld, Junge?“

„Verdient.“

„Verdient? Du?“

„Ja. Vars und ich haben heute beim dicken Mads bedient, und wir beide haben allein für fünfhundert Kronen verkauft.“

„Und da gab er jedem von euch fünf Kronen?“

„Das kommt' er gut tun.“

„Ja, da hast du recht! — Denn fünfhundert Kronen, das war wahrhaftig eine schöne Einnahme. Aber er hat sich doch auch angestrengt! — O, du lägst, du Spitzbube, es sieht so einem gierigen Ungeheuer nicht ähnlich, anderen etwas zu gönnen. Ihr habt euch selber das Geld genommen, jawohl.“

Thorwald kniff das eine Auge zu.

„Na, ich halte zu euch. Er hat dir und mir viel Beleg vom Brot heruntergeholt, das hat er getan. Es geschieht ihm recht, dem Ungeheuer, der selber nicht nachläßt, eh' er den armen Mann bis auf die Haut ausgezogen hat. Hat er mir nicht neulich eine Rechnung über mehr als hundert Kronen geschickt für „Zeche des Herrn Schneidemeisters Frank“, mit der Bitte um baldigste Bezahlung — der Esel! Das ist das einzigmal, wo ich ein bißchen Vergnügen davon gehabt habe, daß Frank trinkt. Es tat einem geradezu gut. Wenn man ihn nur ins Armenhaus bringen möchte, dann stiftete man wenigstens noch ein wenig Nutzen mit der Pischelei.“

Madam Franks Laune war nach und nach immer besser geworden. Sie lag da, spielte mit dem Gelde und ließ es zwischen den Fingern auf die Bettdecke fließen.

„Wenn es nur ausreicht, bis ich aufstehn kann!“

„Ach was, ich werd' schon mehr verdienen“, sagte Thorwald und kroch unter die Decke.

„Ach, Herrgott, Junge, fabelst du nun auch wie dein Vater?“

„Er ist nicht mein Vater“, brummte Thorwald.

„Nein, Gott sei Dank, also brauchst du ihm nicht nachzu-arten. — Aber nicht jeden Tag ist Waldfest, und was willst du dann anstellen?“

„Ich kann doch wohl arbeiten!“

„Töfies, ja, es donnert in den Hosen und schlägt in die Holzschuhhälbe ein! — Nein, es ist nicht so einfach, zuzu-

springen, mein Junge, wenn man nie seine Hand gerührt hat, um für ein paar Groschen Nutzen zu tun.“

Thorwald kannte die Auffassung, die seine Mutter von ihm hatte; er mochte keine Worte verlieren, um sie zu ändern, und fing an zu schnarchen.

16.

Als Meister Frank sich selbst überlassen und ermahnt wurde, ruhig nach Hause zu gehen, war sein Kopf nicht in allerbesten Ordnung. Es wirbelte und brauste da drinnen wie in einem Bienenkorb, und er bemühte sich vergebens, bloß einen vernünftigen Gedanken durch alle die wirren Vorstellungen zu retten, die sich ausgelassen um jeden aufsteigenden Vernunftschluß tummelten und gleich auf Abwege führten.

Aber so viel war ihm doch klar, daß der Weg zur Glückseligkeit nicht nach Hause führte.

Und die Glückseligkeit winkte mit einer Stärke, daß die Verwirrung in seinem Gehirn selbst auf ihrem Höhepunkt ihr feinen Abbruch tun konnte. Als er heut morgen erwachte, hatte er sie in seinem alkoholhaltigen Körper wie eine Berührung verspürt, noch bevor er daran dachte, daß heute Verfassungsfest war und also der Tag des großen Klubgelages.

Doch marternd war der Tag allein durch seine Länge gewesen, da jede Minute sich zu einer kleinen Ewigkeit ausdehnte und den Weg für den Abend verschloß. Und die Menschen legten alle möglichen Versuchungen auf seinen Weg, sperren ihn mit reinen Jungfrauen ein und ließen Frank durch Schuhleute nach Hause bringen.

Aber Frank war nicht so dumm!

Er setzte den ihm angewiesenen Kurs in aller Ehrbarkeit fort, bis der Schuhmann außer Sicht war, dann ging er mit glückseligem Lachen schräg über die Wiese auf eine alte Heumiete zu. „Nee, abgewinkt“, rief er und schlug in die Luft, mo der Teufel auf seiner Frau herumritt und ihr eine Rute auf dem Rücken festgebunden hatte, so daß es auslah wie ein starrender Schwanz. „Darum fallen wir doch nicht rein, wir sind nicht eifersüchtig!“

Er beschrieb große Bogen, wegen seines kranken Kopfes, doch er selbst war überzeugt davon, daß es geschah, um die Versfolger irrezuführen.

An einer Stelle hatte man einen ganzen Bach von Trinkwaren angelegt, um ihn in Versuchung zu führen, aber Frank war auf dem Posten. Zuerst legte er sich hin und kostete; und als er fand, daß es nichts für ihn war, watete er resolut hindurch.

(Fortsetzung folgt.)

auf der Bayer auch Kuhlmann, also mit Herber drei Stadträte abzubauen. Da die Versammlung bereits früher beschlossen hatte, zwei Stadträte abzubauen, entspann sich eine endlose Geschäftsordnungsdebatte über Zutreffigkeit und Reihenfolge der Beratung. Hierbei bemühten sich die Volkspartei und Kommunisten in edlem Kuffhandel um den Abbau Kuhlmanns. Schließlich wurde der Antrag der Volkspartei, Dr. Herber abzubauen und Dr. Kuhlmann, der noch nicht Gelegenheit zur Radaufklärung gehabt hatte, zum Abbau in Aussicht zu nehmen, angenommen.

Anzweifelhaft war aber die Baine der Kommunisten umgeschlagen und sie zogen ihren Antrag, Kuhlmann und Bayer abzubauen, zurück. Wir wollten nun den kommunistischen Antrag wieder aufnehmen, aber siehe da — wir scheiterten in das Land der unbegrenzten Möglichkeiten verfehlt. Die Volkspartei mit Hilfe des Vorsitzers Dr. Gramsch knietete die Geschäftsordnung so lange, bis sie mit einer Stimmme Mehrheit herausbrachten, daß unser Antrag ganz neu sei und unumgänglich noch in derselben Sitzung verhandelt werden kann. — In der nächsten Sitzung folgt der Komödie zweiter Teil.

### Unter Mordverdacht verhaftet. Von der Geburtstagsfeier in den Tod.

Unter dem Verdacht des Mordes wurde von der Neuföllner Kriminalpolizei der 23 Jahre alte Arbeiter Willig Hof verhaftet, der mit seiner Mutter und dem 54 Jahre alten Schuhmacher August Doszke zusammen in der Siedlerstraße zu Budow eine Laube bewohnte. In dieser wurde Doszke am 28. September erhängt aufgefunden.

Man nahm zunächst einen Selbstmord an. Die Neuföllner Kriminalpolizei jedoch, die den Leichnam näher untersuchte, hegte bald Zweifel. Die Art der Befestigung des Strides machte es endlich zur Gewißheit, daß Doszke nicht freiwillig aus dem Leben geschieden ist, sondern seinen Tod von fremder Hand gefunden haben muß. Die Ermittlungen ergaben, daß Willig Hof den betagten Schuhmacher wegen seines Vermögens zu seiner Mutter haßte. Trotzdem feierte er mit seiner Mutter am 27. September abends in einer Schankwirtschaft in Budow den Geburtstag des Doszke mit. Man trank bis in die späte Nacht hinein. Besonders Frau Hof bestellte immer wieder Getränke. Ihr Sohn aber ließ im Laufe der Zecherei Aeußerungen fallen, daß er noch einen Gewaltakt vorhatte. Alle drei gingen dann endlich heim. Am nächsten Morgen sah man Willig Hof blaß und ängstlich an der Haltestelle der Straßenbahn stehen. Er hatte den angeblichen Selbstmord Doszkes nicht gemeldet, obwohl er ihm schon bekannt gewesen sein muß. Zur Verantwortung gezogen, legte er zunächst ein Teilgeständnis ab, widerrief es aber später. Es besteht nun der dringende Verdacht, daß Hof, der auch Kratzenwunden am Gesicht hatte, den Geliebten seiner Mutter erschoss und dann an der Türschwelle aufgehängt hat, um einen Selbstmord vorzutäuschen. Alle diejenigen, die ihn morgens an der Haltestelle der Straßenbahn und auch weiterhin gesehen, oder die sonst zur Auffklärung beitragen können, werden ersucht, sich bei Kriminalkommissar Dr. Götsch auf dem Polizeiamt Neufölln zu melden. Außer Willig Hof wurde auch ein Arbeiter Krndt, der mit der Schwester des Hof verkehrt, unter dem Verdachte, seine Hand im Spiel gehabt zu haben, vorläufig festgenommen.

### Der geheimnisvolle Brief aus Amerika.

Ein angeblicher Mord, der von einem jetzt im Auslande wohnenden Deutschen begangen worden sein soll, beschäftigt seit 1/2 Jahren die Berliner Kriminalpolizei. Dieser erhielt im Januar d. J. aus Los Angeles einen Brief, der ihr mitteilte, daß ein in Los Angeles wohnhafter Harry Oberdorf in der Nähe von Hamburg einen Jochen Ott aus Ebersdorf ermordet habe. Der Brief enthielt wohl eine Strafe mit Hausnummer, aber keine Namensunterchrift. Er behauptete, Oberdorf habe mit einem jungen Mädchen ein Verhältnis unterhalten, von dem Ott gewußt habe. Aus Eifersucht habe er eines Tages Ott in der Nähe von Hamburg in einen Wald gelockt und dort erschossen. Die Kriminalpolizei forschte überall nach, ob irgendwo ein Jochen Ott verschwunden war, aber ohne Erfolg. Weder in Berlin noch in Hamburg noch sonst wo war ein Jochen dieses Namens zu ermitteln. Auch in Keinen Kenn-Annalen war er verzeichnet oder verzeichnet gewesen. In Berlin wurde zwar ein junges Mädchen des Namens, wie es in dem Briefe genannt war, ermittelt, es mußte aber weder von einem Jochen Ott noch sonst etwas von der ganzen Geschichte. Die Kriminalpolizei wandte sich nun wieder nach Los Angeles, um näheres über Oberdorf zu erfahren. Es ergab sich, daß dieser seit Jahren in Los Angeles angestellt ist und eine gewisse Stellung bekleidet. Von seinen Bekannten dort, die ermittelt wurden, will niemand den Brief geschrieben haben. Am nichts untersucht zu lassen, was zur völligen Aufklärung dienen kann, forschte die Kriminalpolizei nun doch noch weiter nach, ob es irgendwo in Deutschland einen Jochen Ott gegeben hat und ob jemand dieses Namens irgendwo vermißt wird. Alle die nach dieser Richtung Angaben machen können, werden ersucht, sich an Kriminalkommissar Busch, Dienststelle B. II. 20 im Berliner Polizeipräsidium zu wenden.

### Eine medizinische Streitfrage vor dem Schwurgericht.

Das Schwurgericht des Landgerichts I hatte sich mit einem Fall zu beschäftigen, der schon einmal verhandelt wurde, und der damals in der medizinischen Fachpresse großes Aufsehen erregte. Die außerordentliche Strafkammer hatte Ende März d. J. eine Räuberbande, die bei einem Ueberfall einen 60jährigen Wächter töte gefestigt hatte, daß sein alsbald erfolgter Tod auf diese Behandlung zurückzuführen wurde, unter Annahme des Raubes mit Todeserfolg zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt. Durch einen Formfehler wurde gegen einen der Beurteilten das Urteil vom Reichsgericht aufgehoben. Die Strafkammer war zu ihrer Anschauung auf Grund der Gutachten der Gerichtsärzte Red. Rat Dr. Störmer und Prof. Fraenkel gekommen, die begutachtet hatten, daß der Tod des 60jährigen Wächters Reihner durch die Aufregung bei dem Ueberfall befeuert worden sei, da Reihner schwer freilebend war. Die Arbeiter Walter und Kurt Rossio löst und der Werkzeugmacher Kurt Haag hatten im April 1923 räuberische Ueberfälle auf Garagen verübt. In der Brandenburgstraße hatten die Angeklagten den alten Wächter unter vorgehaltenem Revolver schwer getroffen. Reihner wurde schwerer in das Krankenhaus eingeliefert, wo er nach einigen Wochen starb. Da die Section schweres Krebsleiden angenommen hatte, hatte die Strafkammer gegen die beiden Angeklagten Walter Rossowitsch und Kurt Haag, unter der Annahme von Raub mit Todeserfolg, auf Zuchthausstrafen von 12 bzw. 11 Jahren erkannt. Da nun das Reichsgericht das Urteil gegen Haag aus formalen Gründen aufgehoben hatte, ist die Hauptaufgabe des Schwurgerichts, da der Raub an sich klar liegt, zu entscheiden, daß tatsächlich der eingetretene Tod eine Folge des Raubüberfalles gewesen ist und ob es denn eine Strafe einzutreten hat, die nicht unter 10 Jahre Zuchthaus zu bemessen ist, wie es die erste Instanz angenommen hatte. R. Z. Dr. Frey stellte den Antrag, die Spezialisten für Krebskrankheiten und Forschungen, Prof. Dr. Blumenthal und Dr. Halberstädter vom Krebsinstitut an der Charité, zu laden, die nach ihren Forschungen festgelegt haben, daß derartige Wucherungen einen langsamen Gang geben, so daß der Ueberfall keinen Einfluß auf den nach einiger Zeit erfolgenden Tod hatte. Das Gericht nahm diesmal nicht Raub mit Todeserfolg an, sondern verurteilte den Angeklagten wegen schweren Raubes, erkannte jedoch mit Rücksicht auf die Schwere des Verbrechens wiederum auf 11 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

## Proletarische Feierstunde

Am Sonntag, den 5. Oktober, vormittag 11 Uhr  
im Großen Schauspielhaus, Karlstraße  
(Dem Dichter Ernst Toller gewidmet)  
Orgel — Harfen — Violine — Cello  
Largo / Gesänge der Seligen / Hymne  
Ansprache: Alfred Kerr

## Tag des Proletariats

Sprechchor:

### Maschinenflüsterlied u. andere Gedichte von Ernst Toller

Mitwirkende: Herr Prof. Saal und Frau Hopf-Seidel  
(Harfe), Herr Prof. Willenberg (Violine), Herr Armin  
Ciebertmann (Cello), Herr Dr. Wenckst (Orgel), Sprechchor für  
Proletarische Feierstunden (Zeitg. Bild. Local), Einzelsprecher.

Karten für diese Veranstaltung sind zu haben im Bureau des Bezirksbildungs-  
ausstellen, Lindenstr. 3, 2. Hof II, Zimmer 8, Nordmarkt-Durchgang, Linden-  
str. 2, Zigarrengeviert, Berlin, Engelstr. 24/25 (Gemeinschaftshaus) und bei  
allen Oblieten der Kreisbildungsanstalten.

### Die Fleischgroßmarkthalle.

#### Fertigstellung der Bauten durch die Stadt.

Der Magistrat hat beschlossen, die Fertigstellung der Fleischgroßmarkthalle in der Landoberger Allee durch die Stadt zu bewerkstelligen und die Kosten im Gesamtbetrag von 1600000 M. aus Mitteln des Vieh- und Schlachthofs zu bewilligen.

Ferner soll ein Kühl- und Gefrierhaus, das im wesentlichen Zusammenhang mit der Fleischgroßmarkthalle steht, ebenfalls durch die Stadt errichtet werden. Die Kosten im Gesamtbetrag von 400000 M. sollen aus Antieisemitteln aufgebracht werden. Die Notwendigkeit der Vollenbung der Fleischgroßmarkthalle ist bereits in der Vorlage vom 18. Juni 1924 begründet worden. Wie dann ausgeführt ist jedoch der Bau der Fleischgroßmarkthalle eine wirtschaftlich verfehlte Maßnahme, wenn nicht gleichzeitig in unmittelbarem Anschluß an die Halle ein mit den modernsten technischen Einrichtungen versehenes und auf lange Jahre hinaus voll ausreichendes Kühl- und Gefrierhaus errichtet wird, in dem die überhängenden Reste an Frischfleisch sowie das in Berlin eintreffende Gefrierfleisch sachgemäß eingelagert werden können. Da das Kühl- und Gefrierhaus bei der Eröffnung der Fleischgroßmarkthalle soweit gefördert sein muß, daß wenigstens die Reste an Frischfleisch vor dem Verderben geschützt werden können, muß mit dem Bau alsbald begonnen werden. Ein Teil der Arbeiten insbesondere der Eisenbahnananschluß muß noch vor Eintritt der Frostperiode durchgeführt werden, da sonst mit einer Schädigung auch der Fleischgroßmarkthalle durch Witterungseinflüsse zu rechnen ist. Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine dahingehende Vorlage zur Beschlußfassung unterbreitet.

### „Nationale Sache“ mit „enormen Großverdienst“.

Am „Berliner Lokal-Anzeiger“ vom 21. September konnte man unter den Stellenausschreibungen die folgende Anzeige lesen:

Offiziere

Bollatidentifizierung für aussichtsreiche Lebensstellung bei enormem Großverdienst (keine Versicherung), möglichst Stahlhelmmitgliedschaft, für Verdiensten und Verbreitung nationaler Sache sofort oder später gesucht. Unterstützung durch Kritiken, Vereine, Verbände, Ortsgruppen und Empfehlungen üblich. Rodeweislicher Monatsverdienst hier von Offizieren a. D. erreicht bis zu tausend Mark. Bornehme Tätigkeit. Bewerbungen mit Lebenslauf, Referenzen ausführlich mit. Um. 339 Nebenstelle d. H. Potsdamer Straße 9.

Was mag hinter dieser Anzeige stehen? Daß „möglichst Stahlhelmmitglieder“ verlangt werden, macht die „nationale Sache“ sehr verdächtig. Das behauptete Monatsseinkommen bis zu tausend Mark, das Offiziere a. D. erreicht haben sollen, erscheint nicht ungläubhaft. Was in den Zeiten der Monarchie an der Staatskasse stand, ist an „enormen Großverdienst“ gewöhnt. Er hat doppelt Anspruch auf ihn, wenn er in der Republik für die „nationale Sache“ arbeitet. Hoffentlich werden die Behörden, die für die Sicherheit der Republik zu sorgen haben, sich über die in diesem Stellenausschreibung empfohlene und so hochbezahlte Arbeit zu unterrichten suchen.

### Gefängnis für Beleidigung des Reichspräsidenten.

Der Verlagsbuchhändler Julian Gumpertz hatte sich vor dem großen Schöffengericht Mitte in zwei Fällen zu verantworten. Er war einmal angeklagt, in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu Gewalttätigkeiten aufgereizt zu haben, indem er ein Gebot von Oskar Kanel „Straße frei“ veröffentlicht hatte. Er erhielt wegen Verletzung des Republiksschutzgesetzes 100 Mark Geldstrafe. Im zweiten Falle war er wegen Beschimpfung der Republik angeklagt, da er eine Nummer der Zeitschrift „Pleite“ verbreitet hatte, in der der Reichspräsident und der frühere Reichswehrminister Roske abgebildet waren, wie sie in einem Unterteil von niedergeschossenen Arbeitern warteten. Hierfür erhielt der Angeklagte einen Monat Gefängnis.

„Schlägerei zwischen Deutschödlischen und Kommunisten“. Zu dieser Notiz im gestrigen Abendblatt werden wir gebeten mitzuteilen, daß der darin genannte 17jährige Arbeiter Werleberg nicht der kommunistischen Partei angehört.

### Das Rundfunkprogramm.

Sonntag, den 4. Oktober.  
Tageseinstellung. 10 Uhr vorm.: Bericht über die Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. 10.15 Uhr vorm.: Erste Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. 11.35 Uhr vorm.: Pankbörse (Die Notierungen der Berliner und Hamburger Produktionsvorbereitungen). 12.15 Uhr nachm.: Kurzer Tendenzbericht der Berliner Vorbörse (nur Montag bis Freitag). 12.55 Uhr nachm.: Uebermittlung des Zeitzeichens. 1.35 Uhr nachm.: Zweite Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Wetterdienst. 2.15 Uhr nachm.: Kurzer Tendenzbericht der Berliner Börse (nur Montag bis Freitag). 3 Uhr nachm.: Pankbörse (Die amtlichen Notierungen der Berliner und Hamburger Produktions- und Viehbörse; amtliche Devisen). 4 Uhr nachm.: Pankbörse (Getreide etc. Hamburg; Berliner Kolonialwaren-Großhandelspreise).

4.30—6.30 Uhr nachm.: Unterhaltungsmusik (Berl. Funkkapelle). 1. Amorettenständchen, Kockert. 2. Ouyersire sur Oper „Semiramide“, Rossini. 3. Wiener Preaken, Walzer, Josef Strauß. 4. Indian Canonotta, Dvorák. 5. Brahms-Memoiren, Morana. 6. Entr'act et Valse aus Coppelia, Delibes. 7. Potpourri aus der Operette „Der Mikado“, Sullivan. 8. Mein Ideal, Walzer, Fr. v. Blon. 9. Danco-mania, Shimmy-Foxrot, Gilbert u. Cooper. Während der Pause: „Ratschläge fürs Haus“. 7.45 Uhr abends: Vortrag des Herrn Schriftsteller Johannes Mayrhofer: „Spanisches Volkaleben“. 8.30 bis 10 Uhr abends: Romantischer Abend. 1. Drei deutsche Volkslieder. Das Cornettquartett der Staatsoper (Hans Bode, Karl Nierenz, Georg Böttcher, Reinhard Kinsel). 2. a) Mondnacht, b) in der Fremde, c) Der Nußbaum, d) Frühlingsnacht, Schumann (Alfred Wilde). 3. a) Air aus dem Violinkonzert. Goldmark (Cavastino, Raff (Konzertmeister Nikolas Lambinon, Violine). 4. Der Dichter Waldemar Bonsels spricht aus seinem Buche „Die Biene Maja“. 5. Drei deutsche Volkslieder (Das Cornettquartett der Staatsoper). 6. Der Mond, b) Frago, c) Minnelied, Mandelssohn-Bartholdy, d) Von waldbegrenzter Höhe, Brahms (Alfred Wilde). 7. Konzert A-moll (Gesangszone) Spohr (Konzertmeister Nikolas Lambinon, Violine; am Steinway-Flügel: Kapellmeister Otto Urack). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Zeitanzeige. Wetterdienst. Sportnachrichten. Theatervorstellung. 10.30—11.30 Uhr abends: Tanzmusik.

### Drei Autounfälle vor Gericht.

#### Anklagen wegen fahrlässiger Tötung.

Die vielen schweren und tödlich verlaufenen Unfälle, die durch schlecht geführte Autos und Motorräder in der letzten Zeit hervorgerufen worden sind, finden jetzt ihren Niederschlag und ihre Belichtung wegen fahrlässiger Tötung vor Gericht. Gestern hatte sich das Gericht allein mit drei derartigen Anklagen zu beschäftigen. Zwei dieser Fälle gelangten vor dem großen Schöffengericht Wedding zur Verhandlung.

Bei der ersten Anklage handelt es sich um den Arbeiter Bohm. Dieser fuhr mit seinem Motorrad, dessen Soziusfuß der Mechaniker Peinert einnahm, die Ruppiner Chaussee entlang. Als ihm an einer Kurve ein Geschäftsauto begegnete, waghete er die Fahrt nicht und hielt auch nicht streng die rechte Seite inne, sondern bog sogar noch etwas nach links ein. Infolgedessen kam es zu einem schweren Zusammenstoß, bei dem Peinert von seinem Sitz geschleudert wurde und so schwere Verletzungen davontrug, daß er bald darauf starb. Bohm, der keinen Führerschein besaß, wurde der fahrlässigen Tötung angeklagt und es wurde ihm außerdem zur Last gelegt, daß er ein Motorrad gefahren habe, ohne genügende Kenntnis des Lenkens gehabt zu haben. Das Gericht verurteilte den Angeklagten dem Antrage des Staatsanwalts gemäß zu 10 Monaten und 2 Wochen Gefängnis. — Der zweite tödliche Unfall hatte sich im Mai am Wedding zugezogen. Hier wollte an einer Haltestelle die erst vor kurzem aus Ostpreußen nach Berlin gekommene Stütze Anna Witten die Straßenbahn verlassen. In diesem Augenblick kam ein Motorradfahrer vorbei, der zwar mehrfach Hupensignale gab, jedoch infolge zu raschenfahrens das junge Mädchen umriß. Das junge Mädchen verstarb bald darauf an einem Schädelbruch. Inzwischen hatte der Motorradfahrer sich durch die Flucht seiner Feststellung entzogen und konnte erst durch eine anonyme Anzeige in dem Bonkbeamten Ernst Dremin ermittelt werden. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 9 Monaten Gefängnis, sprach ihm aber Bewährungsfrist zu.

Der dritte Unfall beschäftigte das große Schöffengericht Charlottenburg. Hier handelte es sich um einen schweren Unfall, der sich am Abend des 7. Juli auf der Aousbahn ereignete und dem zwei Motorfahrer, die Brüder Morawitz, zum Opfer gefallen sind. Der eine von ihnen wurde auf der Stelle getötet, während der andere noch heute schwer verletzt im Krankenhaus Westend liegt. Die Anklage wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung richtete sich gegen den Kraftwagenführer Robert Niemcewski. Der Angeklagte, der im Dienst eines Kaufmanns Stern im Grunewald stand, hatte an jenem Abend noch in der Garage eine Reparatur am Kühler seines 70 PS.-Wagens vorgenommen. Er fuhr dann, indem er mehrere Bekannte mitnahm, abends zwischen 9 und 10 Uhr auf der Aousbahn, um den Wagen auszuprobieren. Witten in der Fahrt erlöste ein lauter Ausschrei und zwischen dem Kühler des Autos und dem rechten Kotflügel hatte sich ein mit zwei Personen besetztes Motorrad verfangen, das dann etwa 300 Meter auf der Bahn mitgeschleudert wurde. Nach Ausfragen anderer Automobilisten soll der Angeklagte verurteilt haben, die Flucht zu ergreifen, ohne sich um die beiden Opfer, die er einfach mit dem schweren Kraftwagen überammt hatte, zu kümmern. Die Anklage nahm an, daß R. in betrunkenem Zustande rückwärts in rasendem Tempo auf das Motorrad aufgefahren sei. Rechtsanwalt Dr. Schmidt hatte zahlreiche Zeugen dafür benannt, daß der Angeklagte sich in nichternem Zustande befunden und daß er sich auch soweit als möglich der Verletzten angenommen habe. Der Staatsanwalt warf dem Angeklagten vor, daß er überschnell mit etwa 120 Kilometer im Dunkeln gefahren sei. Das Gericht war jedoch der Ansicht, daß die Flucht zur Ausprobierung des Wagens bei hoher Geschwindigkeit gebaut sei und daß möglicherweise die Motorradfahrer plötzlich ihre Fahrbahn geändert hätten. Daher wurde auf Freisprechung des Angeklagten erkannt.

In das Erholungsheim Quenzee bei Brandenburg a. d. H. können während der Herbstferien und auch länger Kinder vom vollendeten 12. Lebensjahre an bei guter Verpflegung aufgenommen werden. Auskunft erteilt das Jugendsekretariat, SW. Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Tr., Mittwochs und Freitags von 9—7 Uhr, an den anderen Tagen von 9—4 Uhr.

Biliger Sonntag im Zoo und Aquarium. Am Sonntag beträgt der Eintrittspreis für Erwachsene je 50 Pf. und für Kinder die Hälfte. Das Konzert beginnt um 4 Uhr und findet bei günstigem Wetter im Garten, sonst im Kaiserhof statt. Letzter Tag der großen Affenschau und der sehenswerten Tierkustandstellung.

Meisterkurse an der Berliner Tischlerschule. Nachdem jetzt an der Tischlerschule, Berlin D. 24, Straßmannstraße 6, drei Meisterkurse mit recht guten Schülern zum Abschluß gekommen sind, wird am 6. Oktober ein neuer Kursus eröffnet. Der Lehrgang dauert 1 1/2 Jahre bei wöchentlich 12—16 Unterrichtsstunden des Abends von 7—9 1/2 Uhr. Unterrichtsgegenstände sind: Projektionszeichnen, Holzzeichnen für Tischler, Schattenschreiben, Stoffleuchte, Buchführung, Jagdregeln, Kalkulation, Stillehre, Maschinenlehre, Chemie. Tischler, die die Gehlprüfung gemacht haben, finden hier Gelegenheit, sich zum Meister auszubilden, oder sich die Kenntnisse für die Meisterprüfung anzueignen. Auf Wunsch kann das Meisterprüfungsfeld in den Werkstätten der Schule angefertigt werden. Anmeldeorten und Auskunft im Amtszimmer der Schule, Straßmannstr. 6, Hof rechts, parterre, Zimmer 4, wöchentlich vormittags 9—11 Uhr, und 6. Oktober 6—7 Uhr abends.

Gold auf dem Meeresgrunde. Es soll jetzt nach einer Meldung aus New York ein neuer Versuch gemacht werden, den Dampfer „Perida“ zu heben, der vor 13 Jahren von einem amerikanischen Kriegsschiff gerammt wurde und gesunken ist. Das Schiff war mit Gold und Silber im Werte von 3 Millionen Dollar und einer Unmenge Kupfer beladen, das die mexikanische Regierung bei der damaligen Revolution in New York in Sicherheit bringen wollte.

Neun Arbeiter verschüttet. Bei den Erdböwen in Pechelbrunn (Elsß) sind in einem Schacht neun Arbeiter infolge Gasausbruchs verschüttet worden. Fünf sind lebend geborgen worden, die übrigen vier noch nicht; man fürchtet, daß sie tot sind.

Waldbrand in Kalifornien. In der Nähe von Los Angeles in Kalifornien ist auf einer Strecke von 30 Meilen ein Riesenzwischenwaldbrand ausgebrochen. Bis jetzt sind schon 60000 Acres verbrannt worden. Tausende von Personen sind gezwungen, ihre Heimstätten zu verlassen.

## Aus der Partei.

### Kommunale Beratungsstelle für Berlin.

Die Bezirksorganisation Berlin hat für den Bezirksverband Berlin ab 1. Oktober im Bezirkssekretariat Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, eine kommunale Beratungsstelle errichtet. Die Leitung übernimmt Gen. Richard Krille. Aufgabe der Zentralstelle ist es, Mittelpunkt für alle die Berliner Sozialdemokratie berührenden Fragen auf kommunalpolitischem Gebiete zu werden.

### Geschäftliche Mitteilungen.

Bei der bekannten Firma Zeplich-Berlin, Spanbauer Str. 22, findet ein großer Teppichverkauf zu außerordentlich billigen Preisen statt. Siehe Inserat in der Sonntagnummer.  
Bei der Firma Stefan Scherer, Kaiser-Wilhelm-Str. 55, Ecke Spanbauer Straße 24, finden unsere Damen und Herren die neuesten Herbst- und Wintermoden in Ultern, Costes, Kräusen, Mänteln und Kostümen in großer Auswahl. Die Firma ist durch Herstellung in eigenen Werkstätten bei Verwendungs besserer Stoffe und echtlicherer Zusätze besonders leistungsfähig und preiswürdig, weshalb ein Besuch der umfangreichen Säger sehr zu empfehlen ist.



Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater Opernhaus 8 Uhr: Bohème

Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: Nathan der Weise

Schiller-Theater 7 1/2 Uhr: Guten Morgen, Hr. Fischer!

Kammerspiele 7 1/2 Uhr: Die tote Tante

Berliner Theater 7.30 Uhr: Der süße Kavalier

Central-Theater 7 1/2 Uhr: G. Wissenswurm

Deutsches Opernhaus 7 Uhr: Aida

Metropol-Theater 7 1/2 Uhr: Gräfin Mariza

Thalia-Theater 7 1/2 Uhr: Zigeunerliebe

Metropol-Variété 8 Uhr: Märdin Kempinski

Residenz-Theater 8 Uhr: Die vier Schlaumeier

Rose-Theater 8 Uhr: Alt-Weidelberg

Casino-Theater 7 1/2 Uhr: Große Volksoper

Don Juan 1. Male

Melanie Kurt, Fanny Cleve, Anni Fried

21 Millionen Rentenmark

Eine Million Rentenmark

Schwarz Berlin

Berliner Konzerthaus Mauerstraße 82 (Clou) Mauerstraße 82

APOLLO Theater Dirkt.: James Klein

Revue-Posse Das lachende Berlin!

Paul Beckers Senta Söneland, Erich Poremski

URANIA Taubenstraße 48 Vom 3. Oktober bis 6. Oktober

Circus Busch Sonntag 2 x 3 + 7 1/2 Uhr

Waldhalla am Rosenthaler Tor

Komische Oper

Elite-Sänger

Th. I. d. Gem.-Turnhalle Weißensee, Pöhlertstr. 23

LUNAPARK Heute und morgen in vollem Betrieb

WIEN BERLIN Unterhaltungs-Variété

Reichshallen-Theat. Abends 8 U. u. Stg. nachm. 3 Uhr

Rennen zu Grunewald Sonnabend, 4. Oktober

250. Preussisch-Süddeutsche Jubiläums-Klassenlotterie

1 Million 500000 500000 300000 200000 150000 100000

Fr. Müller Original-Lose zu haben bei

Conrad Müller

Extra-Angebot Briefmappen 5/8 mit Seidenfäden

Verkäufe Teppich - Schöper verkauft gegen Zahlungsversicherung

Bekleidungsstücke, Wäsche usw. Monatsanläge, getragen, neu

Musikinstrumente Piano preiswert, Klaviermohr

Fahrräder Damenüber, fahrbereit, 65.-

Kaufgesuche Koffer, Koffer, Koffer

Verschiedenes Kammer und Stimmungsmacher

Arbeitsmarkt Junger Techniker, 21 Jahre

Stellenangebote Bauarbeiter, nur allererste Kraft

Abgebaute Beamte die sich als Vertreter eignen

Befonders Gießmeister auf Baugruben

Innenpolitik im Landtag.

Deutschnationales Manuhandentum.

Im Landtag wurde gestern der Gesetzentwurf betr. Uebertragung der Verwaltung und Ausbeutung der Gemeindefischanteile an dem sogenannten Commission-Unterharrischen Berg, Hütten- und Fabrikhaushalt in eine G. m. b. H. mit der Maßgabe angenommen, daß die Veräußerung der Geschäftsanteile der Zustimmung des Landtages bedarf.

Es folgt dann die zweite Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern, mit der zahlreiche Anfragen verbunden sind, die sich auf die innere Politik beziehen.

In der allgemeinen Besprechung wehrt zunächst

Abg. Hauschild (Soz.)

die Angriffe der Deutschnationalen gegen die Personalpolitik des Ministers Severing ab. Der Ausschuss habe alle Vorwürfe geprüft, von den Beschwerden sei nichts übriggeblieben. Beamte, die nicht für die Republik eintreten wollen oder können, mögen sich gefälligst abbauen lassen. Ein Hauptverdienst an der Unterdrückung aller reaktionären Ausschüßsichten habe die Innenpolitik des Ministers Severing.

Abg. Coenrich (Z.) begrüßt den Uebergang der Aufgaben des Staatskommissars für öffentliche Ordnung auf das Innenministerium. Trotz der Anstrengungen der Regierung im Sinne eines Preisabwärtens sehe man ein ständiges Ansteigen der Preise; der Minister sollte doch sein Augenmerk schärfer auf das Treiben der Kartelle, insbesondere auf dem Gebiete der Textilindustrie, richten. Der Beamte muß sich mit Entschlossenheit auf den Boden der Verfassung stellen.

Abg. Dr. Regenborn (Dnat.) bringt eine große Reihe von Beschwerden vor und erklärt, daß dem „Stahlhelm“ Leute aus allen bürgerlichen Parteien, sogar Sozialdemokraten angehören. (1) Der Redner führt Beschwerde über das Verbot vaterländischer Feiern und weist auf die Gefahren der Ostjudenfrage hin. Er schließt, indem er dem Minister zuzieht: Sie mögen von Ihrem Standpunkt aus guten Willen haben, im Lande werden Sie geradezu als ein Totengräber der Ordnung in Preußen betrachtet. Wir, die wir uns mit Ihrer Tätigkeit nicht einverstanden erklären können, hoffen auf den Augenblick, wo Sie Ihren Platz einem anderen räumen. (Großer Lärm b. d. Soz.) Wir hoffen auf den Augenblick, wo dann die Vertreter aller bürgerlichen Parteien, die auf gutem, nationalem, deutschem Boden zusammenstehen, um unter Ausschaltung aller Parteipolitik Preußen wieder groß zu machen auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Ordnung. (Stürmischer Beifall rechts, Lärm links.)

Zwischendurch nimmt das Haus die noch ausstehenden

Abstimmungen zum Landwirtschaftshaushalt

vor. Der Antrag der Deutschnationalen auf Berücksichtigung des deutschen Weinbaues bei den schwebenden Zollverhandlungen wird angenommen. Die vom Hauptausschuss gestellten Anträge gelangen zur Annahme, ebenso ein Antrag der Demokraten, wonach die Staatsregierung auf die Hebung der Wirtschaft evtl. auch durch Schutzzölle hinwirken soll.

Hierauf wird die allgemeine Aussprache zum Haushalt des Ministeriums des Innern fortgesetzt.

Abg. Dr. v. Campe (D. Sp.) hält die Bildung des Bundes Republikanischer Frontsoldaten für verfehlt. Die Beseitigung der Farben Schwarz-Weiß-Rot und die Wiederherholung von Schwarz-Rot-Gold 1919 ist ein schwerer politischer Fehler gewesen. (Widerpruch links.) Heute würde ein solcher Beschluß nicht mehr gefaßt werden. Es war ein Gebot der einfachsten Pietät, an der deutschen Reichsflagge festzuhalten. Hätte der Minister in gewissen Fällen schneller eingegriffen, dann wären die deutschnationalen Bäume nicht so in den Himmel gewachsen.

Das Haus vertagt sich hierauf auf Sonnabend 11 Uhr. Schluß 5 Uhr.

Der Restesterrat des Landtages beschloß, die Woche vom 27. Oktober bis 1. November sittingsfrei zu lassen.

Weltkongress für Sozialpolitik.

Alle Redner gegen Brentano.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

Prag, 3. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Nach dem französischen Gewerkschaftsführer Genossen Jouhaux. Paris führte Genosse Paul Lambert. Berlin aus, daß die deutsche Arbeiterschaft eine sachliche Uebereinstimmung mit der Willensänderung dieses Kongresses anstrebt und zu erzielen hofft. Er schildert ausführlich die Arbeitsverhältnisse in Deutschland und sagt, daß es nicht fremden dürfe, wenn die allgemeine Durchführung des Achtstundentages in Deutschland eine arbeitssteigernde Wirkung vermissen ließe. Die

größte Schuld an dem Versagen des Achtstundentages in ökonomischer Hinsicht treffe die Arbeitgeber.

Die Verhältnisse in Deutschland brachten einen teilweisen zeitweiligen Durchbruch des Achtstundentages, namentlich in der Schwerindustrie und in der Textilindustrie. Die deutsche Arbeiterschaft aber ist fest entschlossen, dem Achtstundentag wieder allgemein Geltung zu verschaffen. Sie erwartet, daß gerade diese internationale Tagung viel dazu beiträgt, um auch die letzten Schwierigkeiten zu überwinden. Die Ausführungen Brentanos von Donnerstag lassen wohl den Kollegen Jouhaux befürchten, daß ein Keil zwischen die deutsche Arbeiterschaft und diejenige der anderen Länder getrieben werden könnte. Diese Befürchtung aber ist vollständig unbegründet. — Genosse Wauters (Belgien) erklärt, nach der verdienstvollen Bergangheit Brentanos hätte er gerade das Gegenteil von dem erwartet, was Brentano ausgeführt hat. Weise Brentano auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands hin, so dürfe er nicht vergessen, daß auch andere europäische Staaten, vor allem Frankreich und Belgien, sich in noch größeren Schwierigkeiten befinden. Die Frage des Achtstundentages müsse vom internationalen Standpunkt aus betrachtet werden. Brentano habe auch die Ruhrfrage berührt. Die belgischen und französischen Arbeiter waren von Anfang an gegen dieses unglückselige Unternehmen, aber was bedeuete die Okkupation des Ruhrgebiets gegenüber der Verwüstung Belgiens und Frankreichs? Mit der Rede Brentanos werde mehr den Interessen der deutschen Kommunisten und Nationalisten gedient sein als den Interessen des sozialen Fortschritts.

Die belgischen und französischen Arbeiter werden es nicht zulassen, daß die Reparationslast ausschließlich auf die Schultern der deutschen Arbeiterschaft abgewälzt wird.

Der Redner schließt seine Ausführungen mit dem Appell, die Arbeiterschaft der einzelnen Staaten nicht gegeneinander aufzuheben. Er erklärt, dem deutschen Proletariat über Brentano hinweg die Hand zu reichen in der Hoffnung, gemeinsam die Welt wiederherzustellen und eine neue Ordnung zu begründen. — Es sprechen sodann eine Reihe von Delegierten der Entente-Länder, welche durchweg gegen Brentano polemisieren.

Sodann wird die Debatte geschlossen.

Gewerkschaften und Arbeiterwanderung.

Prag, 1. Oktober. (Eigener Bericht.) Am 29. und 30. September tagte in Prag eine Konferenz des internationalen Gewerkschaftsbundes, die sich mit der Frage der Aus- und Einwanderung beschäftigte. Sie stellte fest, daß die jetzigen wirtschaftlichen Wirren eine Folge des Krieges sind und nur eine internationale Lösung der Frage die Schwierigkeiten überwinden und die auf dem internationalen Arbeitsmarkt herrschende Unordnung mit ihren Begünstigten überbrücken kann.

Indem die Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes die früher von internationalen Gewerkschaftskonferenzen gefaßten

Deutschnationale Dunkelkammer.

Der deutschnationale Vertretertag war für die deutschnationale Presse gesperrt.



Siehst du was? — Neel! Hörst du was? — Neel! Ach was, laufen wir uns den „Vorwärts“, da wird's schon draß stehen.

Entschliessungen nachprüft, namentlich die von Christiania und Zürich, erkannte sie, daß die Entschliessungen nicht mehr den gegebenen Umständen entsprechen und einer Revision unterzogen werden müssen. Aus diesen Gründen beauftragt die Konferenz das Bureau des IGB, in der Untersuchung dieser Frage fortzufahren, um sie in einer kurzen Frist einer endgültigen Lösung zuführen zu können.

Die Konferenz hält nachfolgende Maßnahmen für geboten: 1. den internationalen Arbeitsmarkt durch Kontrolle der Aus- und Einwanderung zu organisieren; 2. zwischen den einzelnen gewerkschaftlichen Landeszentralen, die an der Frage interessiert sind, unter der Aufsicht des IGB. Vereinbarungen zu treffen; 3. weiterhin international die Gleichheit der Behandlung aller Arbeiter ohne Unterschied ihres Ursprungs zu erwirken; 4. Vereinbarungen über die Gegenseitigkeit der Rechte und der Pflichten der Ein- und Auswanderungsländer zu treffen; 5. die einwandernden Arbeiter zu verpflichten, den Organisationen beizutreten; 6. das Material über diese Frage und seine Bedeutung vom IGB. zusammenzufassen zu lassen. Er soll sie durch geeignete Veröffentlichung den angeschlossenen Landesorganisationen zur Kenntnis bringen; 7. in jedem Lande paritätische Körperschaften für das ganze Staatsgebiet und für einzelne Gebiete zu bilden, die sich mit der

Kontrolle der Anwerbung und der Auswanderung der Arbeiter beschäftigen sollen und in denen gewählte Arbeitervertreter sitzen müssen; 8. eine internationale Stelle für die Ein- und Auswanderung zu schaffen, die befähigt und berechtigt wäre, das Material zu sammeln und sich über alle die Kontrolle der Auswanderung betreffenden Vorschläge auszupprechen. Diese internationale Stelle soll dem Internationalen Arbeitsamt angegliedert werden.

In Anbetracht der Dringlichkeit dieser Frage fordert die Konferenz vom Bureau des IGB. die Beschleunigung der Erziehung, um den Landeszentralen die Möglichkeit zu bieten, sich über diese Frage auszusprechen, damit eine künftige Konferenz oder ein künftiger Kongress endgültig die Grundzüge 1. für die Ein- und Auswanderung, 2. für die verschiedenen Einrichtungen, die mit der Ausführung der Bestimmungen betraut werden sollen, festlegt.

Internationale Geschichtstagung

Zweiter Tag.

Während der erste Tag der Internationalen Geschichtstagung den geschichtsphilosophischen Grundlagen gewidmet wurde, diente der zweite Tag den Beziehungen der Völker untereinander und ließ deshalb lauter Ausländer zu Worte kommen. Zu Beginn der Vormittagsstunde schilderte Genosse Dr. Siegfried Kawerau die gewaltigen Schwierigkeiten, die der bereits seit 1 1/2 Jahren geplanten Abhaltung dieser Tagung entgegengekommen hatten, und wies besonders darauf hin, daß der vorjährige Berliner Universitätsrektor Gustav Roethe die Universität als nicht geeignet für die Tagung erklärt hatte. Hierauf führte H. S. Grant von der Universität Leeds über das Thema

England und Deutschland

etwa folgendes aus: Die deutsch-englischen Kulturbeziehungen sind alt und mannigfaltig und haben sich oft in der gegenseitigen Befruchtung von Wissenschaft und Natur gezeigt. Man muß nüchtern genug sein, um den Wert der Völkerverständigung für den Weltfrieden nicht zu überschätzen. Aber immerhin hat der Krieg die internationalen geistigen Bande nicht zu zerstören vermocht. Es herrscht in unserem Volke ein starkes Bedürfnis für die

Kenntnis der Geschichte Europas und der Menschheit. Wir verzeichnen bei uns heute eine starke Ausbreitung des Internationalismus, die sich u. a. in der Wirksamkeit der englischen Arbeiterregierung und in der Verbreitung von anti-nationalistischer Literatur und einer großen Vorliebe für den Völkerbund ausdrückt.

Hierauf sprach Fernand Buison, der Präsident der französischen Liga für Menschenrechte, über

das französisch-deutsche Kulturproblem.

Er sagte: Neben dem Glauben an das Vaterland, aus dem das Vaterlandsgefühl entstanden ist, muß der Glaube an die Menschheit stehen. Der Krieg hat uns belehrt, daß wir heute nicht mehr so wie noch vor zehn Jahren denken können. Wir dürfen nicht antipatriotisch sein, aber auch nicht antihumanitär. Es ist ein Urding, von der Kriegsschuld eines Volkes zu sprechen. Auch bei uns macht sich ein zunehmender Wille zur Völkerverständigung bemerkbar, ganz besonders unter der Lehrtätigkeit. Nur die demokratische Staatsform kann Frieden und Völkerfortschritt sichern.

In dem hierauf verlesenen Referat von Henri Vichtenberger-Paris wird ausgeführt: Der Pangermanismus und die in Frankreich herrschende gelegentliche Ueberschätzung des französischen Einflusses auf Deutschland sind gleich falsch.

Überall macht sich der scharfe Gegensatz von Kosmopolitismus und Chauvinismus bemerkbar.

Der Friedensschluß hat zwar den bewaffneten, aber noch nicht den geistigen Konflikt beendet. Gerade ich als Elsäßer weiß aus Erfahrung, wie meine engere Heimat unter einem Kulturimperialismus gelitten hat. Wenn wir der europäischen Krise begegnen wollen, müssen wir den größten Einsatz für eine deutsch-französische Kulturgemeinschaft und die europäische Völkerverständigung wagen.

Hierauf betonte Dr. Marcell Szarota-Polen, es ist töricht, den tatsächlich vorhandenen deutsch-polnischen Gegensatz zu leugnen, aber es sei möglich und erstrebenswert, ihn zu beseitigen. Darin erblicke er ein Ziel dieser Tagung. Endlich spricht noch Dr. Sander-Amerika für die amerikanischen Lehrer, die, wie er ausführt, die Wichtigkeit einer Reform des Geschichtsunterrichts vollumfänglich erkannt haben. Für die deutschen Lehrer sei es gewiß besser, wenn zunächst erst einmal Gelder für die Erhöhung ihrer Gehälter anstatt für die Beschaffung amerikanischer Bibliotheken bereitgestellt werden. Die geistigen Kriegsfolgen machen sich am stärksten und gefährlichsten bei der Jugend bemerkbar und verlangen u. a. auch eine Reform der Schulbücher. Es wäre viel gewonnen, wenn auch die Lehrer eine größere Solidarität pflegen würden. Wie man von einem Vater- oder Mutterland spricht, so sollte man auch die ganze Welt als ein Bruderland ansehen.

In der Nachmittagsstunde hielt Horace Thivet, Leiter der französischen „Friedenschule“ (Ecole de la Paix), ein Referat, das durch seinen Humor und seine kritische Schärfe und Trefflichkeit besonders großen Beifall fand. Alle Reformen erfordere in erster Linie Ehrlichkeit gegen sich selbst. Er habe immer Zweifel gehabt, als man dem französischen Volk den verflochtenen Krieg dadurch schmachhaft zu machen versucht habe, daß man ihn als den „letzten“ bezeichnet habe. Auch die Monarchen und republikanischen Präsidenten seien nur Exponenten des ganzen Volksgewisses und deshalb nicht ausschließliche Urheber des Kriegsausbruches. Der Mensch neige allzu leicht zu Illusionen und Selbsttäuschungen. Man solle deshalb auch sehr skeptisch gegen Resolutionen und die Beifestimmung von Kongressen sein. Notwendig sei eine Erziehung der Vernunft und des Gemüts. Der Pazifismus sei kein Unterrichtsfach, und die Berechnung pazifistischer Heiden sei genau so unsinnig wie die Berechnung von Kriegsheiden.

Ueberhaupt sei davor zu warnen, etwa allegorische Verherrlichungen des Krieges einfach durch solche des Friedens zu ersetzen. Pazifismus bedeute in erster Linie die Realisierung ethischen Lebens und die Unterdrückung aller kriegerischen und kriminellen Instinkte. Von großer Wichtigkeit für die Völkerverständigung scheine ihm die Verbreitung einer Weltsprache.

Wirtschaft

Leichte Besserung der Wirtschaftslage.

Nach den Berichten der preussischen Industrie- und Handelskammern weist die wirtschaftliche Lage im Monat September eine leichte Besserung auf. Insbesondere nehmen hieran der Bergbau, die Kaliindustrie, die Textilindustrie und einzelne Zweige der Nahrungsmittelindustrie teil. Auch in der Eisenindustrie zeigte sich zu Beginn des Monats eine geringe Belebung, die offenbar auf die Annahme des Londoner Abkommens durch die beteiligten Körperschaften zurückzuführen war, sie nahm jedoch gegen Monatsende wieder ab. Im allgemeinen haben sich die von vielen Seiten an die Londoner Abmachungen geknüpften Erwartungen bisher noch nicht erfüllt. Das war auch kaum möglich, weil weder die politischen noch die wirtschaftlichen Wirkungen der Abmachungen schon voll erkennbar sind. An der Börse hielt die besiegte Stimmung an, ohne sich aber zu einer Haupte zu steigern.

Im Berichtsmonat ist im westfälischen Bergbau eine ganz leichte Besserung eingetreten. Die Abnahmestufe dauert zwar noch an, aber in geringem Maße hat der Absatz doch zugenommen; eine weitere Steigerung erwartet man von den ab 1. Oktober einsetzenden Preisermäßigungen der Kohle. Im mitteldeutschen Braunkohlengebiet hat der Absatz an Breitscheit eine weitere, teilweise erhebliche Besserung erfahren. Auch der Absatz an Rohkohle hat sich in den meisten Revieren gehoben, wenn er auch noch nicht als zufriedenstellend bezeichnet werden kann. Die Zahl der Feierschichten ging zurück. In den Revieren Raumburg und Frankfurt brauchten überhaupt keine Feierschichten mehr eingelegt zu werden.

Die Kaliindustrie hatte sowohl im Inland wie im Ausland einen erhöhten Absatz.

Die Lage in der Maschinen- und Lokomotivindustrie ist nicht einheitlich. In Breslau belebte sich das Geschäft etwas, insbesondere gingen Anfragen aus dem Ausland wieder zahlreich ein, während die Berliner und Kasseler Industrie nach wie vor über Auftragsmangel klagt. In der Klein-eisenindustrie des Westens ist die erhoffte Besserung der Lage noch nicht eingetreten.

In der elektrotechnischen Industrie hielt die im August eingetretene leichte Besserung auch im September an. Bedarf war überall vorhanden, nur hinderte der außerordentliche Kapitalmangel die Ausgabe von neuen Bestellungen. Im einzelnen erfuhr das Zentralgeschäft eine Belebung. In der Telegraphie und im Fernsprechwesen trat eine mäßige Steigerung der Aufträge ein. Gute Fortschritte macht nach wie vor das Geschäft in automatischen Fernsprechanlagen. Auch die Fabriken für elektromechanische Apparate hatten einen besseren Beschäftigungsgrad. Die Aufträge auf Ausrüstung von Straßenbahnwagen steigerten sich, Bestellungen für elektrische Vollbahnen gingen in befriedigendem Umfang ein. Der Umsatz in Glühlampen war größer als im Vorjahresjahr, aber geringer als im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres.

Aus den verschiedenen Zweigen der Textilindustrie wird ein besserer Geschäftsgang gemeldet. Gebessert hat sich die Lage der Margarineindustrie (was bei den hohen Butterpreisen kein Wunder ist). In der Tabakindustrie war der Auftragsbestand wesentlich lebhafter als im Vormonat.

### Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 - 1)

9. April	1,11	28. Mai	1,13	23. . . . .	1,16
23. . . . .	1,13	18. Juni	1,12	30. . . . .	1,14
30. . . . .	1,14	25. . . . .	1,11	3. September	1,15
7. Mai	1,15	2. Juli	1,17	10. . . . .	1,16
14. . . . .	1,16	9. . . . .	1,19	24. . . . .	1,14
21. . . . .	1,15	16. Juli	1,15	1. Oktober	1,19

Steigerung gegen die Vorwoche 1,7 Proz.

Die Reichsindexziffer spiegelt allmählich die Tenierung, die bei den Waren des Lebensbedarfs schon seit längerem zu beobachten ist. Am 1. Oktober war der höchste Stand der Tenierung des letzten Halbjahres, der am 9. Juli verzeichnet wurde, wieder erreicht. Vornehmlich ist die Steigerung der Lebenshaltungskosten durch die Verteuerung der Nahrungsmittel bedingt. Die breiten Massen bekommen jetzt die Folgen der Politik Kantys an ihrem Magen zu spüren.

Für den Durchschnitt des Monats September berechnet sich die Reichsindexziffer in Gold auf das 1,16fache; gegenüber dem 1,14fachen. Im Durchschnitt des Monats August ergibt sich eine Steigerung von 1,8 Proz. Die Ernährungs-kosten allein betragen im Durchschnitt September das 1,25-fache der Vorkriegszeit.

### Kartell und Arbeitgeberverband.

Ein interessanter Streitfall, den wir bereits kurz gemeldet haben, hat dem Kartellgericht vorgelegen und dazu geführt, daß die Firma Lauterbacher Damenhutfabriken, Konrad Feid, das Recht erhielt, aus der Vereinigung der Damenhutfabriken E. B. Berlin auszuscheiden, wobei obendrein dem Verband eine Strafgebühr von 1000 Goldmark auferlegt wurde. Die Begründung des Urteils, die jetzt bekannt wird, beleuchtet den Tatbestand in einer Weise, daß es sich ausführlicher mit ihm zu beschäftigen lohnt.

Der Kampf gegen die Kartelle wird ja gemeinhin hauptsächlich deswegen geführt, weil insbesondere unter dem Einfluß der Inflation eine Preispolitik in den Kartellen Platz gegriffen hat, die das Gemeinwohl aufs schwerste schädigt. Auch in dem vorliegenden Falle betont das Kartellgericht: Ein Verband handelt grob fehlerhaft und den Interessen der Allgemeinheit zuwider, wenn er zugunsten eines anderen Verbandes seine Mitglieder an dem Versuch hindern will, ihre Produktion zu verbilligen. Die Lauterbacher Damenhutfabrik ist daher im Recht, wenn sie erklärt, einen solchen Druck in dieser Zeit nicht länger ertragen zu wollen und nicht länger ertragen zu können.

Die Fabrik ist also durch die Kartellbedingungen daran gehindert worden, ihre Preise so zu stellen, wie sie den Gestehungskosten entsprechen. Das Schönste aber ist an dem ganzen Fall, daß man vor dem eigenartigen Mittel nicht zurückschröckte, um die Kartellmitglieder

zur Innehaltung der wirtschaftspolitischen Kartellbedingungen zu zwingen. Auch dazu führt die Begründung des Urteils interessante Tatsachen an. Das Kartell verlangte nämlich von seinen Mitgliedern verschieden hohe Mitgliedsbeiträge, je nachdem, ob die Mitgliedsfirma auch Mitglied des Arbeitgeberverbandes der Branche war oder nicht. Nun hatte die Lauterbacher Damenhutfabrik kein Interesse an dem Arbeitgeberverband und dachte gar nicht daran, ihm beizutreten. Darauf beschloß die Vereinigung im letzten Quartal 1923 den doppelten, und zwar bei der heutigen Wirtschaftslage nicht unerheblichen Betrag von solchen Mitgliedern anzufordern, die dem Arbeitgeberverband nicht angehören. Jetzt kündigte die Fabrik ihre Mitgliedschaft beim Kartell entsprechend der Kartellordnung freistlos. Natürlich versuchte nun das Kartell sich zurückzuziehen. Jedenfalls erklärte der Vertreter des Verbandes, daß im Laufe dieses Jahres die unterschiedliche Behandlung von Mitgliedern aufgehoben worden sei.

Der ganze Fall ist außerordentlich lehrreich. In der Instanz war es für die meisten Firmen von Nutzen, sich zu Kartellen und Konventionen zusammenzuschließen. Dadurch bildet sich eine eigene Kartellbureaucratie heraus, die schließlich danach, was wirtschaftlich selbst unter privatrechtlichen Gesichtspunkten berechtigt war oder nicht, überhaupt nicht mehr fragte. So konnte man einer Firma zumuten, daß sie auch Mitglied eines Arbeitgeberverbandes werden mußte, wenn sie der Vorteile des Kartells teilhaftig werden wollte. Undersfalls erhob man eben eine Sondersteuer. Mit diesen Maßnahmen konnte eine Verbilligung der Produktion künstlich verhindert werden. Bezeichnend ist, daß die Arbeitgeberverbände sich selbst gegen derartige Maßnahmen nicht gewehrt haben. In einer großen Zeitschrift behaupten sie, an einer Verbilligung der Produktion interessiert zu sein, wenn die Arbeiterschaft in niedrigen Löhnen und in verlängerter Arbeitszeit die Kosten dafür trägt. In der Praxis aber tun sie nichts dagegen, daß durch Kartellabreden und durch Sonderbelastungen die Produktion künstlich verteuert wird.

Es ist immerhin dankenswert, daß die betroffene Firma durch den Appell an das Kartellgericht diese Mißstände der breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht hat. Das ganze ist ein wertvoller Beitrag zu dem Kapitel Preisabbau, wie sie, die Unternehmer, ihn verstehen.

### Von der Danziger Messe.

F. K. Danzig, 3. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Danzig hat zurzeit einen Zustrom von Gästen, den die fremdgenohnte Stadt selten zu verzeichnen hatte. Es muß dabei betont werden, daß es sich zum großen Teil um das bei den Ausstellern nicht allzu beliebte Schaupublikum handelt. Danzig als Messestadt ist doch noch zu jung, um nicht auf die Massen in Stadt und Hinterland zunächst noch eine Art Jahrmarktsreiz auszuüben. Bei dem allgemeinen Messegeschäft stellen sich jetzt die Mängel heraus, die

bei dem Komplex und der Exponiertheit dieses unstreitig wichtigen Handelsplatzes bereits vorausgesehen wurden. Man beobachtete besonders unter der ständigen Kundenschaft eine gewisse Leichtfertigkeit in der Auftragserteilung. Das bestrickende äußere Bild verleiht viele nicht ganz fairesche Geschäftscharaktere, im Rimbuss des Großhändlers glänzen zu wollen. Bezeichnend ist, daß viele Aussteller sich gezwungen sehen, die Zahlungsbedingungen in ungemohntem Maße zu verschärfen, um auf die kausen Kunden in den Randstaaten nicht hineingelassen, die Aufträge mit vollen Händen erteilen, ohne sich später darum zu kümmern. Die Züge aus den polnischen Hauptstädten drängen Massen von Einkäufern, so daß das Geschäft sich immerhin erfolgreich abwickelt. Die besten sicheren Abschlässe wurden auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Maschinen geätigt. Stärkterer Verkehr entwickelte sich auch im Textilhaufe und in den Abteilungen für Nahrungs- und Genussmittel, Toiletteartikel und Bijouterie, ohne daß die Kaufkraft hier allzu stark eingeschüßt zu werden braucht. Im allgemeinen läßt sich bis zur Stunde sagen, daß auch das Dsgeschäft stark unter den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen leidet, wenn auch vielleicht nicht so stark wie bei den Messen im Reich.

Die Gründungsstätigkeit in der Industrie. Im Monat August 1924 wurden 50 Erwerbsgesellschaften neu gegründet, davon waren 40 Goldmarkgründungen. Auf das Handelsgewerbe allein entfallen 17 Gesellschaften, wovon 3 Kreditbanken waren. Diesen Neugründungen stehen 124 Auflösungen gegenüber. Unter ihnen befanden sich 55 Liquidationen, 65 Konkurse und 3 Fusionen. Von den 65 Konkursfirmen waren gegründet: 1 Gesellschaft im Jahre 1913, 1 Gesellschaft im Jahre 1920, 3 Gesellschaften im Jahre 1921, 6 Gesellschaften im Jahre 1922, 45 Gesellschaften im Jahre 1923, 9 Gesellschaften im Jahre 1924. Von den in Konkurs geratenen Gesellschaften gehörten 19 der Maschinenindustrie und 15 dem Handel an.

Deutsch-japanische Handelsvertragsverhandlungen. Auch Japan hat jetzt die deutsche Regierung um Handelsvertragsverhandlungen ersucht. Bei diesen bevorstehenden Verhandlungen wird es sich nicht um den Abschluß eines Tarifvertrages, sondern um eine gegenseitige Gewährung uneingeschränkter Reistbegünstigung handeln. Die Reichsregierung hatte bereits vor einhalb Jahren Schritte in dieser Richtung unternommen, die jedoch infolge der ablehnenden Haltung Japans zu keinem Erfolge führten. Auf deutscher Seite wird die Regelung der Handelsvertragsbeziehungen zu Japan lebhaft begrüßt, zumal das kürzlich von der japanischen Regierung eingeführte Einfuhrbewilligungssystem für Farbstoffe praktisch einer vollständigen Drosselung der deutschen Farbstoffeinfuhr gleichkam. Man hofft in deutschen Wirtschaftskreisen, daß mit Abschluß eines Handelsvertrages auch diese einseitige nur gegen Deutschland gerichtete Maßnahme Japans fallen wird. Die deutsche Ausfuhr nach Japan betrug während der ersten vier Monate rund 50 Millionen Goldmark. Da Deutschland während der ersten sieben Monate d. J. allein für 117 Millionen Mark Seide eingeführt hat, besteht auch auf japanischer Seite ein lebhaftes Bedürfnis an dem Ausbau der deutsch-japanischen Handelsbeziehungen.



Die mild-aromatische  
**Waldorf-Cigarette**  
für den täglichen Bedarf.

**HOCKEY 3s**  
**CLIO KORK 4s**  
**TILLY 5s**

**Volksbühne E.V.** Geschäftsstelle: C 25  
Linienstraße 227

**Mitgliederversammlungen**  
am Montag, den 6. Oktober, abends 7 1/2 Uhr  
für Abt. I — 80: im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24/25  
— 81—160: im Maschinervereinshaus, Kaiser-Wilhelm-Str. 31  
— 161—240: in den Bankers Festhallen, Weberstraße 17  
— 241—274: in der Halle des Sophien-Lyzeums, Weinmeisterstraße 16/17

Tagesordnung in allen Versammlungen:  
1. Berichtserstattung über das Verlesahr 1923/24 und Darlegung der Vereinsziele. 2. Aussprache. 3. Wahl der Delegierten zur Hauptversammlung. 4. Verschiedenes.

Alle Mitglieder sind eingeladen. Einlaß nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte. Jedes Mitglied hat die Versammlung zu besuchen, die für seine Abteilung zuständig ist.

**2 Mark**  
wöchentliche Teilzahlung  
Eleg. Herren-Garderobe  
fertig und nach Maß  
Garantie für tadellos. Sitz und Verarbeitung  
Elegante Auswahl in Maßstoffen, sowie fertiger Garderobe  
**Maßschneiderei**  
**J. Kurzberg**  
Oranienstraße 160. I.

**Linoleum-Rausch**  
Warschauer Straße 6  
**10 billige Cocos-Tage!**  
Läufer u. Matten bedeut. herabgesetzt.  
**Linoleum-Läufer**  
67 cm breit à Mtr. 2,25  
90 cm breit à Mtr. 3,50  
100 cm breit à Mtr. 3,75

**Adolf Hoffmann**  
**Episoden und Zwischenrufe**  
aus der Parlaments- und Ministerzeit.  
Preis 1 Mark, Poets 3 Pfennig.  
zu beziehen durch  
**H. Hoffmann**,  
Berlin O. 11, Köpenicker Str. 6, II.  
Vohlschiffstraße 130 461.

**Verein sozialistischer Aerzte**  
Wesentliche Versammlung  
Montag, 6. Oktober, abds. 7 Uhr,  
in den Sophienhallen, Sophienstraße,  
am Bahnhof Böse.  
Tagesordnung:  
1. Der Nichtkündentag, seine sozialpolitische u. kulturelle Bedeutung. Referent: Prof. Dr. Korsch, M. d. R.  
2. Die Arbeitslosigkeit in den Kronenanstalten Berlins. Referent: Karl Polenske (Gemeinde- und Staatsarbeiterverband). 183/17 Gäste willkommen! Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Montag, den 6. Oktober, abends 7 Uhr, im „Dresdener Garten“, Dresdener Straße 48:  
**Berufsversammlung**  
aller in der Eisenmöbel-Industrie beschäftigten Kollegen.  
Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Rohmetallpreis und zum Abschluß eines Rohmetallvertrages. 2. Branchenspezifische Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.

**Feuersozietät für die Provinz Brandenburg**  
(Vereinigte Land- u. Städte-Feuersozietäten)  
Gemeinnützige Amalische Anstalt.  
Seit zwei Jahrhunderten bestehend.  
**Hausrat-Feuerversicherung**  
nur 40 Pfennig für 1000 Goldmark Versicherungssumme für Versicherung in massiven Gebäuden ohne Gewerbe in Berlin, Versicherungsteuer eingerechnet.  
Keine Ausfertigungsgebühr!  
Mindestbeitrag 3 Goldmark!  
Fester Beitrag! Keine Nachschußpflicht!  
**Hausrat-Versicherungen auf „Erstes Risiko“**  
für Feuer Einbruch sowie Feuer u. Einbruch kombiniert zu den bekannten Bedingungen.  
Nähere Auskunft erteilt kostenlos: a) für Groß-Berlin: Stadtbureau Berlin, Karstadt 3, Fernruf Nollendorf 2392; b) für Spandau: Stadtkreisgeschäftsstelle Spandau, Neues Rathaus, Fernruf: Neues Rathaus.

**Ziehung 1. Klasse am 10. u. 11. Oktober**  
**Preussische Staats-Lotterie**  
320 000 Lose. 110 000 Gewinne im Gesamtbetrage von über  
**21 Millionen Goldmk.**  
Höchstgewinn:  
**1 Million Goldmark**  
2 mal 500 000 Goldmark  
1 mal 300 000 Goldmark  
1 mal 200 000 Goldmark  
1 mal 150 000 Goldmark  
6 mal 100 000 Goldmark  
Preis 1/3 3, 1/4 6, 1/2 12, 1/4 24 M.  
Postgebühren besonders.  
**Kröger** Staats-Lotterie-Einnehmer  
jetzt Friedrichstr. 176/178 zw. Tautbau u. Hörsingstr.  
nob. Kaiser-Kaffee  
Postcheckkonto 91048.

**Hoeheleg. Sealmantel**  
modernste Form, a. Seide 195 M.  
Echte Pelzjacken 40 u. 80 M.  
Zahlungserleichterung  
**Wartburgstr. 26, I**  
(Bayer. Platz) Amt Stephan 79

**Fort mit dem Ring!**  
Ihre Vorfall-Bandage für meine 82-jährige Mutter hat dauernd vorzüglich geholfen. Die Krämpfe, Schilb- u. Strengherren sind wie weggeblasen. Der unangenehme Nachschmerz hat aufgehört. Meine Mutter verliert immer wieder, daß sie sich nie neuerdings vorerkennt. Hochachtungsvoll Frau N. So lauten die Dankgebungen über meine Bandage. Sie brauchen keinen Wert und legen die Bandage selbst an. Preis 7,50 u. 10 Mk. Profp. gegen Rückp.  
Bandagist, Berlin NO 53  
**Franz Pelz**, Danziger Straße 48

**HOLZHAUSER**  
von 500 Mk. an.  
Schuppen, Hallen, Gärten etc. liefert preiswert kurzfristig.  
Holzhausbau Littmann  
134, Lohrwegstraße 61/63  
Harden 1028 21

**Tüchtiges Haus- u. Wirtschaftspersonal**  
meldet sich sofort auf eine  
**Kleine Anzeige im „Vorwärts“**  
Von der Reise zurück  
**Dr. med. Müller-Kypke**  
Homöopath. Arzt  
Charlottenburg, Bismarckstr. 3 (Knie).

**Wichtig! Weißmetall Wachtung!**  
Montag, den 6. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Café „Reichenberger Hof“, Reichenberger Straße 141:  
**Berufsversammlung**  
aller Kollegen und Kollegen aus den Betrieben der Weißmetall-Industrie, deren Jahrbuch nicht Mitglied des VVMV sind.  
Alle Zins- und Bleigießer müssen erscheinen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
**Wachtung! Wachtung!**  
Die Metallarbeiter-Zeitung, Ausgabe Groß-Berlin, folgt ab 1. November pro Monat 50 Pf. Hieraus kommt noch das Belegheft. Die Abonnenten der Metallarbeiter-Zeitung, Ausgabe Groß-Berlin, erhalten bei Bezahlung ihrer Beiträge 50 Pf. vergütet.  
Wir machen unsere Kollegen noch einmal besonders darauf aufmerksam, daß die Zeitung nicht nach dem 1. des Monats bestellt werden darf, weil sich dadurch das Belegheft wertlos erhebt, und daß bei der Bestellung ausdrücklich die „Metallarbeiter-Zeitung“, Ausgabe Groß-Berlin, bestellt werden muß.  
**Die Ortsversammlung.**  
**Metallbetten**  
Stahlmattens, Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Subi Thür.

**Preuß. Staatslotterie**  
110 000 Gewinne u. 1 Prämie, zusammen Reueinnahme:  
**21 140 000**  
Höchstgewinn gemäß § 9 = R.-M.  
**1 Million**  
1 500 000  
Pr. 500 000  
zu 500 000  
1 300 000  
zu 200 000  
1 200 000  
Ziehung der 1. Klasse am 10. u. 11. Okt.  
Ganze- Halbe- Viertel- Achtel-Lose  
zu 24 12 6 3 M.  
Originallose zu haben  
St. Lotterie-Einnehmer Ritter  
**P. Raddatz & Co.**  
Leipziger Straße 122-123.  
Postcheck-Konto Berlin 41 527.